

Konjunktur aktuell: Stabile Konjunktur in Deutschland trotz krisenhaften Umfelds*

Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Kiel Economics

Die deutsche Konjunktur ist trotz internationaler Risiken und politischer Verwerfungen kraftvoll in das Jahr 2016 gestartet. Beschäftigung und Einkommen nehmen zu, und die Binnennachfrage steigt deutlich, auch weil der Staat zusätzliche Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration tätigt. Allerdings dürfte es im Frühjahr zu einer vorübergehenden Verlangsamung der Dynamik kommen, darauf deuten Stimmungsindikatoren hin. Mit Fortschritten bei der Bewältigung der aktuellen politischen Probleme in Europa dürfte die Zuversicht wieder zunehmen und die deutsche Konjunktur insgesamt stabil bleiben, sodass das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 wohl mit einer Rate von 1,5% expandieren wird.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose für Deutschland in den Jahren 2016 und 2017

	2015	2016	2017
reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
private Konsumausgaben	1,9	2,0	1,6
Staatskonsum	2,4	3,1	2,1
Anlageinvestitionen	2,2	2,4	2,4
Ausrüstungen	4,8	2,0	3,2
Bauten	0,3	2,7	1,8
sonstige Anlagen	2,7	2,5	2,4
Vorratsinvestitionen ^a	-0,5	0,0	0,0
Inlandsverwendung	1,6	2,4	1,8
Außenbeitrag ^a	0,2	-0,7	-0,3
Exporte	5,4	1,9	4,0
Importe	5,8	4,2	5,6
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,5	1,4
nachrichtlich: Welthandel	2,5	3,3	3,6
USA	2,4	2,1	2,3
Euroraum	1,6	1,4	1,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Arbeitsvolumen, geleistet	1,1	0,9	0,9
Tarifföhne je Stunde	2,3	2,4	2,4
Effektivlöhne je Stunde	2,4	2,8	2,6
Lohnstückkosten ^b	1,7	2,2	2,1
Verbraucherpreisindex	0,3	0,4	1,2
in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland)	43 032	43 513	43 882
Arbeitslose ^c	2 795	2 848	3 050
in %			
Arbeitslosenquote ^d	6,1	6,1	6,5
Arbeitslosenquote BA ^e	6,4	6,5	6,8
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Finanzierungssaldo des Staates	0,6	0,3	0,1
Leistungsbilanzsaldo	8,2	8,0	7,8

^a Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponente). – ^b Berechnungen auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Bureau of Economic Analysis; 2016 und 2017: eigene Prognose (Stand: 16.03.2016).

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 10/2016 am 16. März 2016 veröffentlicht.

Das weltwirtschaftliche Klima hat sich im Winterhalbjahr 2015/2016 abgekühlt. So legte Ende vergangenen Jahres die Produktion in der Welt deutlich langsamer zu als zuvor, und im Januar und Februar kam es zu deutlichen Bewertungsverlusten an den Börsen für Rohstoffe und Wertpapiere, welche bis Mitte März nur teilweise wieder wettgemacht wurden. Ein deutlicher Ölpreisfall gilt gegenwärtig den Finanzmarktteilnehmern als Zeichen für nachlassende Nachfrage in den Schwellenländern und als Risiko für die Finanzstabilität von Volkswirtschaften, die vom Rohölexport abhängen. Allerdings stützt der neuerliche Preisrückgang bei den Rohstoffen die Konjunktur in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Bleiben die Finanzmärkte stabil, dürfte die Weltproduktion trotz Flaute in den Schwellenländern im Jahr 2016 in etwa mit dem mäßigen Tempo des Vorjahrs zunehmen.

Die weltwirtschaftlichen und politischen Risiken sind allerdings erheblich. Die Kombination von Stabilitätsrisiken in China, Turbulenzen auf den Finanzmärkten, Unwägbarkeiten im europäischen Bankensystem, negativer Inflation im Euroraum und europäischer Uneinigkeit in der Flüchtlingspolitik birgt die Gefahr einer krisenhaften Zuspitzung. So besteht nach wie vor die Möglichkeit, dass die Schrumpfungsprozesse der chinesischen Industrie deutlicher als bisher die Konjunktur weltweit in Mitleidenschaft ziehen. Längerfristige Risiken bringen das anhaltend niedrige Zinsniveau und die schwache Preisdynamik in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit sich. Zum einen machen es die gegenwärtig niedrigen Zinserträge etwa Lebensversicherungen schwer, ihren in früheren Zeiten eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Zum anderen verschwinden die Gewinnmargen bei der Fristentransformation der Banken. Zusätzlich ist die Wirtschaft in der Europäischen Union politischen Risiken ausgesetzt: Hier haben seit einigen Jahren Kräfte, die für eine Rückabwicklung der politischen Integration eintreten, an Einfluss gewonnen. Dieses Jahr könnte Großbritannien sich im Juni sogar für einen Austritt aus der Union entscheiden. Kurzfristig wäre dann wohl mit einem deutlichen Fall des Pfunds und spürbarer Zurückhaltung bei Investitionen in Großbritannien zu rechnen.

Die Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Klimas war ausschlaggebend dafür, dass die Konjunktur in Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2015 etwas an Tempo verloren hat. So waren die Exporte nach China rückläufig. Die inländische Verwendung war hingegen kräftig aufwärtsgerichtet. Vor allem zogen zum Jahresende nach einem anämischen Sommerhalbjahr die Investitionen kräftig an, wobei vor allem die öffentlichen Investitionen und der Wohnungsbau spürbare Zuwächse verzeichneten.

Anfang 2016 dürfte sich das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo leicht erhöht haben. Dafür sprechen die starke Industrieproduktion im Januar und die rasche Ausweitung der Erwerbstätigkeit. Allerdings haben die Auftrags-eingänge im Verarbeitenden Gewerbe nur moderat zugenommen, und die Unternehmen schätzten ihre Geschäftslage im Durchschnitt der Monate Januar und Februar sogar etwas ungünstiger ein als im Schlussquartal 2015. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Konjunktur deshalb in der Tendenz etwas an Schwung verlieren. Für die zweite Jahreshälfte ist aber mit einem Wiederanziehen des Produktionsanstiegs zu rechnen, denn viele Rahmenbedingungen sind sehr vorteilhaft: Die Zinsen sind weiterhin sehr gering, der Euro ist – auch nach der jüngsten Aufwertung – recht niedrig bewertet, und Beschäftigung und Einkommen steigen kräftig. Zudem wird die inländische Nachfrage im Prognosezeitraum dadurch angeregt, dass die Fluchtmigration im Wege von Unterstützungsleistungen, Baumaßnahmen und Verwaltungsleistungen zu zusätzlichen staatlichen Ausgaben führt, ohne dass dafür unmittelbar Steuern und Abgaben erhöht werden. Der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts wird sich dadurch im laufenden Jahr wohl um etwa einen viertel Prozentpunkt erhöhen. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 1,5% steigen. Die Verbraucherpreise werden im Jahr 2016, bedingt durch den Rückgang der Energiepreise und den sehr niedrigen Preisauftrieb bei verarbeiteten Importgütern, abermals kaum zunehmen, im Jahr danach allerdings wieder etwas stärker. Die Beschäftigung dürfte stärker zulegen als im Jahr 2015. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte gleichwohl leicht steigen, da die Integration anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt langwierig sein wird.

JEL-Klassifikation: E17, E27, E37, E50, E53, E60, E66, H68

Schlagwörter: Konjunktur, Prognose, öffentliche Finanzen, Weltwirtschaft, Deutschland, Arbeitsmarkt

Verunsicherung bremst internationale Konjunktur

Im Winterhalbjahr 2015/2016 hat sich das weltwirtschaftliche Klima abgekühlt. In den USA hat die Produktion Ende vergangenen Jahres nur noch wenig zugelegt, in Japan ist sie gesunken, und die Wachstumsdynamik der chinesischen Volkswirtschaft ließ weiter nach. Sowohl Russland als auch Brasilien sind weiterhin in der Rezession. Im Euroraum setzte sich die zaghafte Erholung allerdings zunächst noch fort.

Deutliche Rückgänge der Kurse an den Rohstoff- und Finanzmärkten

Für die konjunkturellen Perspektiven noch bedenklicher als die jüngsten realwirtschaftlichen Daten sind die deutlichen Bewertungsverluste an den Börsen für Rohstoffe und Wertpapiere im Januar und Februar, welche bis Mitte März nur teilweise wieder wettgemacht wurden. Eine Ursache für die Skepsis der Anleger sind wohl die Konjunkturrisiken in China. Ein Anzeichen für die Unsicherheit im Land selbst ist das verstärkte Bemühen von chinesischen Unternehmen und privaten Haushalten, Kapital ins Ausland zu bringen. Schon seit Sommer 2014 hat die chinesische Zentralbank Devisenreserven im Wert von 790 Mrd. US-Dollar (etwa 20% des Gesamtbestands) zur Stabilisierung des Renminbi abgebaut, davon allein etwa 320 Mrd. US-Dollar

in den vier Monaten seit November 2015. Auch ist die Erwartung einer schwächeren Ölnachfrage aus China ein Grund dafür, dass die Erdölpreise im Winter bei hohen Schwankungen erneut deutlich nachgaben, von etwa 48 US-Dollar pro Barrel für die Sorte Brent im Oktober auf etwa 40 US-Dollar Mitte März. Dazu trugen zwischenzeitlich enttäuschende Konjunkturdaten aus den USA und die fortgesetzten Preiskämpfe der Erdöl-Anbieter um Marktanteile bei. Zugleich mit dem Ölpreis gaben die Bewertungen von Aktien weltweit nach, ein Gleichlauf, der schon seit Anfang 2015 auffällt (vgl. Abbildung 1). In einem Ölpreisfall sehen die Marktteilnehmer mittlerweile wohl weniger einen Konjunkturimpuls für die Verbraucherländer als ein Zeichen für nachlassende Nachfrage in den Schwellenländern und die Risiken für die Finanzstabilität von Volkswirtschaften, die vom Ölexport abhängen. Weltweit besonders hoch sind die Bewertungsverluste bei Bankaktien. Hier dürfte eine Rolle spielen, dass die Erwartungen bezüglich Inflationsraten und Zinssätzen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften erneut nach unten revidiert worden sind. Anleger fragen sich, was es für künftige Zinsspannen und Bankerträge bedeutet, wenn kurz- wie langfristige Zinssätze dauerhaft bei oder sogar unterhalb von 0% liegen sollten. Im Winterhalbjahr haben die Renditen zehnjähriger Staatsschuldtitel Deutschlands diese Marke praktisch erreicht, die Japans haben sie sogar unterschritten.

Abbildung 1
Weltaktienkurse und Erdölpreis



Quellen: MSCI; ICIS; eigene Darstellung.

Kasten 1**Monetäre Rahmenbedingungen im Euroraum**

Die EZB verkündete im März weitere expansive Maßnahmen. Sie senkte den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf 0% und den Einlagenzins auf den neuen historischen Tiefstand von –0,4%. Zusätzlich wurde das Ankaufprogramm für Staatsanleihen und Pfandbriefe um monatlich 20 Mrd. auf nun 80 Mrd. Euro erweitert. Dazu soll jetzt auch der neu beschlossene Ankauf von Unternehmensanleihen beitragen. Es sollen jedoch nur Anleihen von Unternehmen erworben werden, welchen von Ratingagenturen eine gewisse Mindestbonität bescheinigt wird. Eine etwas expansivere Geldpolitik war von den Märkten bereits eingepreist worden, da wichtige makroökonomische Parameter darauf hindeuteten. Art und Umfang der Maßnahmen fielen aber leicht stärker aus als erwartet.

Die reichliche Liquidität führte zu weiter sinkenden Interbankenmarkt-Zinsen. Die Zinsen für Immobilien- und Unternehmenskredite bewegten sich im Januar 2016 mit knapp 2% sehr nah an ihren historischen Tiefständen. Die Zinsen für Konsumentenkredite stiegen allerdings zuletzt um 0,5% auf nun 6,7%. Das Volumen der Haushaltskredite nahm im Januar im Vergleich zum Vorjahresmonat um 1,4% und jenes der Unternehmenskredite etwas weniger um 0,6% zu.

Der negative Zins („Strafzins“) für Übernachteinlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank führt zu Zusatzkosten für die Banken. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, dass diese Kosten zumindest teilweise – in Form von höheren Zinsen und Gebühren – an Haushalte und Unternehmen weitergegeben werden.³ Mit einem generellen Anstieg der Zinskosten für Haushalte und Unternehmen dürfte aber nicht zu rechnen sein.

Auf den Kapitalmärkten sanken die Renditen von Staatsanleihen sowie AAA-bewerteten Unternehmen im Dezember 2015 und Januar 2016 erneut und nähern sich zunehmend ihrem historischen Tief vom April 2015. Derzeit liegen sie bei 0,3% bzw. 0,9%. Auch die Renditen für Staatsanleihen der Euroländer – mit Ausnahme der Länder Griechenland und Portugal – fielen zuletzt. Eine weitere Ausnahme stellen die BBB-bewerteten Unternehmen dar. Hier ist ein fluktuierender Seitwärtstrend zu beobachten. Deren Anleihen rentieren derzeit bei 1,7%. Es ist damit zu rechnen, dass sich die Mehrheit der Euroländer und Unternehmen im Prognosezeitraum tendenziell weiterhin auf dem derzeitigen Niveau refinanzieren können. Insgesamt bleiben die monetären Rahmenbedingungen im Euroraum günstig.

³ Das seit langem niedrige Zinsniveau verringert zunehmend die Zinsmargen der Banken. Insbesondere für jene Banken, bei welchen das traditionelle Kreditgeschäft einen großen Anteil hat, dürfte sich dies negativ auf die Rentabilität auswirken. Prinzipiell könnten hieraus mittelfristig auch negative Folgen für die Finanzstabilität entstehen.

Geldpolitisches Instrumentarium annähernd ausgereizt

Die Eintrübung der konjunkturellen Aussichten und die wegen des Ölpreisrückgangs absehbare Verlangsamung der weltweiten Preisdynamik führen in wichtigen Volkswirtschaften zu Korrekturen des geldpolitischen Kurses: In Japan und im Euroraum sind zuletzt die Raten für die Verbraucherpreisinflation unter null und deren Kernraten unter 1% gesunken. Die Zielinflationen drohen noch weiter außer Reichweite zu geraten,¹ und die Zentralbanken ergreifen erneut expansiv gemeinte Maßnahmen. Im Januar setzte die Bank von Japan überraschend den Zins für neue Überschussreserven

der Geschäftsbanken auf –0,1%.² Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im März ihre Leitzinsen noch einmal gesenkt (den Hauptrefinanzierungssatz auf 0% und den Einlagezinssatz auf –0,4%) und ihr Ankaufprogramm für Wertpapiere deutlich ausgeweitet (vgl. Kasten 1). Die Bank von England wird ihren Leitzins wohl unverändert lassen, und die Finanzmärkte erwarten, dass die US-Notenbank den Leitzins im Jahr 2016 nur noch ein- oder zweimal um einen viertel Prozentpunkt erhöhen wird, obwohl die Kernrate des Deflators für den privaten Verbrauch in den USA im Winter spürbar (von 1,3% im Oktober 2015 auf 1,7% im Januar 2016) gestiegen ist. Schließlich hat die chinesische Zentralbank Ende Februar den Mindestreservesatz für Geschäftsbanken deutlich gesenkt, obwohl sich der Abwertungsdruck auf den Renminbi dadurch verstärken könnte. Allerdings dürften diese geldpolitischen

1 So wurden die Inflationserwartungen für den Euroraum, gemessen anhand von Umfragen, basierend auf aus Swap-Geschäften abgeleiteten Markterwartungen oder auch auf offiziellen Prognosen der EZB, zuletzt nach unten korrigiert. Für das Jahr 2018 wird je nach Indikator nur noch mit einer Inflation zwischen 0,6% und 1,6% gerechnet.

2 Schon länger negativ sind die Einlagenzinsen der Zentralbanken Dänemarks (seit Sommer 2012), Schwedens (Sommer 2014), der Schweiz (seit Ende 2014) und die der EZB (seit Sommer 2015).

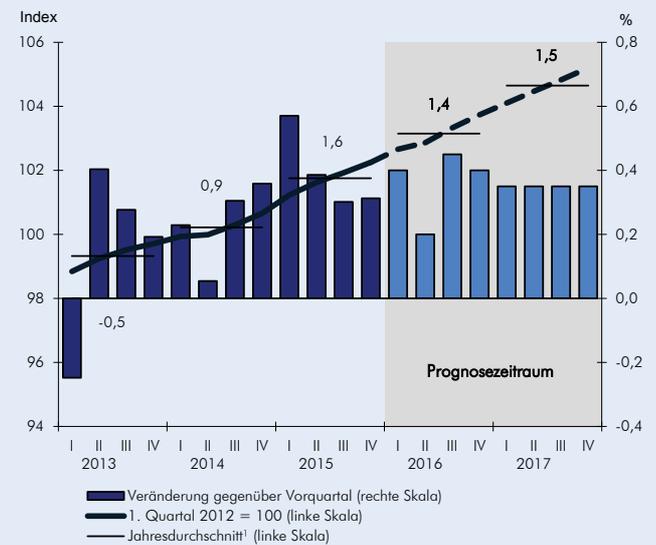
Maßnahmen die Finanzierungskosten für Unternehmen und Haushalte nicht merklich senken und die Sparanreize nicht weiter verringern. Dafür scheinen die verbliebenen Spielräume zu gering, und die Gefahr unwillkommener Nebeneffekte, etwa auf die Bewertung europäischer Bankaktien oder auf den Außenwert der chinesischen Währung, ist zu groß.

Mäßiges weltwirtschaftliches Expansions-tempo im Jahr 2016

Das Gros der Stimmungsindikatoren lässt darauf schließen, dass sich das weltwirtschaftliche Expansionstempo im Frühjahr eher noch weiter verlangsamt. Zurückgegangen sind jüngst die Stimmungsindikatoren im Allgemeinen auch dort, wo es im Lauf des vergangenen Jahres noch zu keiner konjunkturellen Abschwächung gekommen ist, vor allem im Euroraum (vgl. Abbildung 2) und in Großbritannien. Hier schlagen sich auch die im Schnitt enttäuschenden Nachrichten von außerhalb der EU nieder. Zwar gibt es im Euroraum einen kleinen Anstoß von Seiten der Finanzpolitik, dafür fällt aber der Impuls aufgrund einer verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit weg: Nachdem der Euro etwa ein Jahr lang bis Sommer 2015 real effektiv um etwa 15% abgewertet hatte, ist er seitdem um etwa 5% gestiegen. Auch deshalb dürfte die konjunkturelle Dynamik im Euroraum mäßig bleiben (vgl. Tabelle 1 und 2). In den USA dürfte der Aufschwung an Kraft verloren haben, denn der Expansionspfad der Geldpolitik verringert sich langsam, der starke Dollar bremst die Auslandsnachfrage, und die Kapazitäten, etwa am Arbeitsmarkt, sind weitgehend ausgeschöpft. Die chinesische Wirtschaft wird weiter durch die Schrumpfungprozesse in der Industrie und die hohe Verschuldung vieler staatlicher Industrieunternehmen belastet. Allerdings dürfte hier die Wirtschaftspolitik immer noch über genug Möglichkeiten verfügen, um einen abrupten Abfall des Expansionstempos zu verhindern. Für Japan ist deutlich geworden, dass die ursprünglich mit hohen Erwartungen verbundene Wirtschaftspolitik („Abenomics“) keinen selbsttragenden Aufschwung anstoßen konnte. Für 2017 droht stattdessen ein neuerlicher Rückschlag, weil dann im Frühjahr nach gegenwärtiger Planung die Konsumsteuer erneut deutlich erhöht werden soll.

Was die Konjunktur in Japan ebenso wie in den meisten anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften stützt, ist der neuerliche Preisverfall bei den Rohstoffen, weil dadurch Realeinkommen erhöht und Produktionskosten gesenkt werden. Bleiben die Finanzmärkte stabil, dürfte auch der Gesamteffekt auf die Güternachfrage in der

Abbildung 2
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
saisonbereinigter Verlauf



¹ Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2016: eigene Prognose.

Tabelle 1
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2015	2016	2017
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
reales Bruttoinlandsprodukt	1,6	1,4	1,5
privater Konsum	1,7	1,6	1,3
öffentlicher Konsum	1,3	1,3	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	2,7	2,8	2,9
inländische Verwendung	1,5	1,6	1,4
Exporte ^a	5,0	3,7	4,7
Importe ^a	5,7	4,5	4,9
Außenbeitrag ^b	-0,1	-0,2	0,0
Verbraucherpreise ^c	0,0	0,3	1,5
Lohnstückkosten ^d	0,7	0,8	1,2
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt			
Budgetsaldo ^e	-2,1	-1,9	-1,7
Leistungsbilanzsaldo	3,0	3,1	3,0
in % der Erwerbspersonen			
Arbeitslosenquote ^f	10,9	10,3	10,0

^a Einschließlich Intrahandel. – ^b Wachstumsbeitrag. – ^c Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^d Bruttowertschöpfung je Beschäftigten. – ^e Gesamtstaatlich. – ^f Standardisiert.

Quellen: Eurostat; 2016 und 2017: eigene Prognose.

Welt positiv sein und dafür sorgen, dass die Weltproduktion im Jahr 2016 in etwa mit dem mäßigen Tempo des Vorjahrs zunimmt.³ Alles in allem expan-

³ Der Gesamteffekt ist trotz der Einkommensverluste in den großen Schwellenländern, deren Wirtschaft auf Rohstoffexport basiert, positiv, denn dort wurde vor dem Einbruch der Preise ein erheblicher Teil der Einkommen nicht für Konsum- oder Investitionsgüter, sondern

Tabelle 2**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa
2015 bis 2017**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ^a			Verbraucherpreise ^b			Arbeitslosenquote ^c		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
Deutschland	20,9	1,7	1,5	1,4	0,1	0,3	1,2	4,6	4,7	5,0
Frankreich	15,4	1,2	1,1	1,3	0,1	0,3	1,3	10,4	10,1	9,9
Italien	11,6	0,8	1,0	1,0	0,1	0,3	1,8	11,9	11,3	10,8
Spanien	7,6	3,2	2,8	2,3	-0,6	0,0	1,6	22,1	20,2	19,0
Niederlande	4,7	1,9	1,6	1,8	0,2	0,7	1,5	6,9	6,5	6,4
Belgien	2,9	1,4	1,6	1,4	0,6	1,3	1,6	8,3	7,8	7,5
Österreich	2,4	0,9	1,0	1,2	0,8	1,0	1,8	5,7	5,9	5,9
Finnland	1,5	0,4	0,6	1,2	-0,2	0,1	1,5	9,4	9,4	9,3
Irland	1,3	6,9	4,5	3,0	0,0	0,1	1,4	9,4	8,5	7,9
Griechenland	1,3	-0,6	-1,2	0,8	-1,1	0,0	0,8	25,0	24,1	23,0
Portugal	1,2	1,5	1,3	1,4	0,5	0,7	1,1	12,6	11,9	10,9
Slowakei	0,5	3,6	3,4	3,3	-0,3	0,3	1,7	11,5	10,3	9,6
Luxemburg	0,4	4,5	3,8	4,4	0,1	0,4	2,4	6,1	5,8	5,8
Litauen	0,3	2,9	2,1	2,1	-0,8	-0,3	1,1	9,1	8,8	8,6
Slowenien	0,3	1,6	2,5	3,0	-0,7	0,0	2,1	9,1	8,6	7,9
Lettland	0,2	2,7	2,0	3,5	0,2	0,4	2,0	9,9	9,2	9,0
Zypern	0,1	0,9	2,0	3,0	0,1	1,0	2,5	6,2	6,2	7,0
Estland	0,1	1,4	1,7	2,0	-1,5	0,2	1,3	15,6	14,5	13,0
Malta	0,1	5,0	3,9	3,4	1,2	1,7	2,1	5,3	5,7	5,6
Euroraum insgesamt	72,7	1,6	1,4	1,5	0,0	0,3	1,5	10,9	10,3	10,0
Euroraum ohne Deutschland	51,8	1,6	1,4	1,5	0,0	0,3	1,6	13,1	12,3	11,8
Großbritannien	15,9	2,2	1,9	2,1	0,0	0,8	1,7	5,3	5,1	5,0
Schweden	3,1	4,1	3,4	2,5	0,7	1,2	1,5	7,4	6,8	6,6
Polen	3,0	3,6	3,5	3,1	-0,7	0,4	1,6	7,5	6,8	6,6
Dänemark	1,8	1,2	1,1	1,8	0,2	0,9	1,4	6,2	5,8	5,7
Tschechien	1,1	4,3	2,3	2,5	0,3	0,6	1,6	5,1	4,6	4,6
Rumänien	1,1	3,5	3,7	3,5	-0,4	-0,3	2,4	6,8	6,5	6,4
Ungarn	0,7	2,9	2,4	2,2	0,1	1,4	2,3	6,8	6,2	5,8
Kroatien	0,3	2,8	2,5	2,7	-1,1	0,4	1,7	9,4	8,6	8,4
Bulgarien	0,3	1,6	1,6	2,0	-0,3	0,3	1,7	16,6	16,3	15,5
MOE-Länder ^d	7,9	3,3	3,0	2,9	-0,4	0,4	1,8	7,9	7,3	7,0
EU 28 ^e	100,0	1,9	1,7	1,7	0,0	0,5	1,5	9,4	8,9	8,7

^a Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie Deutschland – nicht. – ^b Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^c Standardisiert. – ^d Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien. – ^e Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2014 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2014.

Quellen: IWF; 2016 und 2017: eigene Prognose.

diert die Weltproduktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2016 um 2,5% und im Jahr 2017 um 2,7% (vgl. Tabelle 3).⁴

für den Aufbau von Forderungen gegenüber den Abnehmerländern verwendet. Seit Beginn des Ölpreiseinbruchs in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 haben diese Länder in der Summe ein Leistungs-bilanzdefizit.

⁴ Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2014 auf der Basis von Marktwechselkursen gewichtet wurden. Bei Gewichtung mit Kaufkraftparitäten und Hochrechnung auf den Länderkreis des Internationalen Währungsfonds (IWF) ergeben sich Zuwächse von 3,0% für 2016 und 3,3% für 2017. Zu den unterschiedlichen Berech-

Erhebliche wirtschaftliche und politische Risiken weltweit und insbesondere in der Europäischen Union

Seit Mitte Februar haben sich die Finanzmärkte wieder etwas beruhigt. Die impliziten Volatilitäten wichtiger Börsenindizes sind gefallen und die Aktienkurse weltweit ein Stück gestiegen, ebenso wie die Ölpreise. Die

nungsmethoden vgl. etwa *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten, Frühjahr 2013*. Halle (Saale) 2013, 11.

Tabelle 3

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2015	2016	2017	2015	2016	2017	2015	2016	2017
Europa	32,9	1,5	1,4	1,7	1,6	1,3	2,0			
EU 28	27,2	1,9	1,7	1,7	0,0	0,5	1,5	9,4	8,9	8,7
Schweiz	1,0	0,9	1,1	1,7	-0,8	-0,3	0,1	4,5	4,4	4,4
Norwegen	0,7	1,6	1,0	1,5	2,0	2,7	2,4	4,4	4,7	4,6
Türkei	1,2	4,1	3,2	3,0	7,7	8,7	7,0			
Russland	2,7	-3,3	-1,4	0,5	15,5	7,0	6,0			
Amerika	35,6	1,6	1,5	2,1						
USA	25,6	2,4	2,1	2,3	0,1	1,2	2,4	5,3	4,7	4,5
Kanada	2,6	1,2	1,5	2,2	1,1	1,5	1,9	6,9	7,2	7,0
Lateinamerika ^a	7,4	-1,0	-0,8	1,3						
Asien	31,5	4,8	4,6	4,6						
Japan	6,8	0,5	0,4	0,7	0,8	0,0	1,7	3,4	3,2	3,3
China ohne Hongkong	15,2	6,9	6,5	6,3						
Südkorea	2,2	2,6	2,7	2,8	0,7	1,3	2,0	3,6	3,6	3,5
Indien	3,0	7,4	7,3	7,2						
Ostasien ohne China ^b	4,4	3,4	3,6	4,2						
insgesamt ^c	100,0	2,6	2,5	2,7						
fortgeschrittene Volkswirtschaften ^d	68,0	1,9	1,7	1,9	0,2	0,8	1,9	6,5	6,1	5,9
Schwellenländer ^e	32,0	4,0	4,0	4,5						
nachrichtlich:										
exportgewichtet ^f	100,0	2,3	2,1	2,3						
nach dem Messkonzept des IWF ^g	100,0	3,1	3,0	3,3						
Welthandel ^h	-	2,5	3,3	3,6						

^a Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2014 in US-Dollar. – ^b Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2012 in US-Dollar. – ^c Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2014 in US-Dollar. – ^d EU 27, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur. – ^e Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika. – ^f Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2014. – ^g Gewichtet nach Kaufkraftparitäten und hochgerechnet auf den Länderkreis des IWF (World Economic Outlook, September 2015). – ^h Realer Güterhandel.

Quellen: IWF; 2016 und 2017: eigene Prognose.

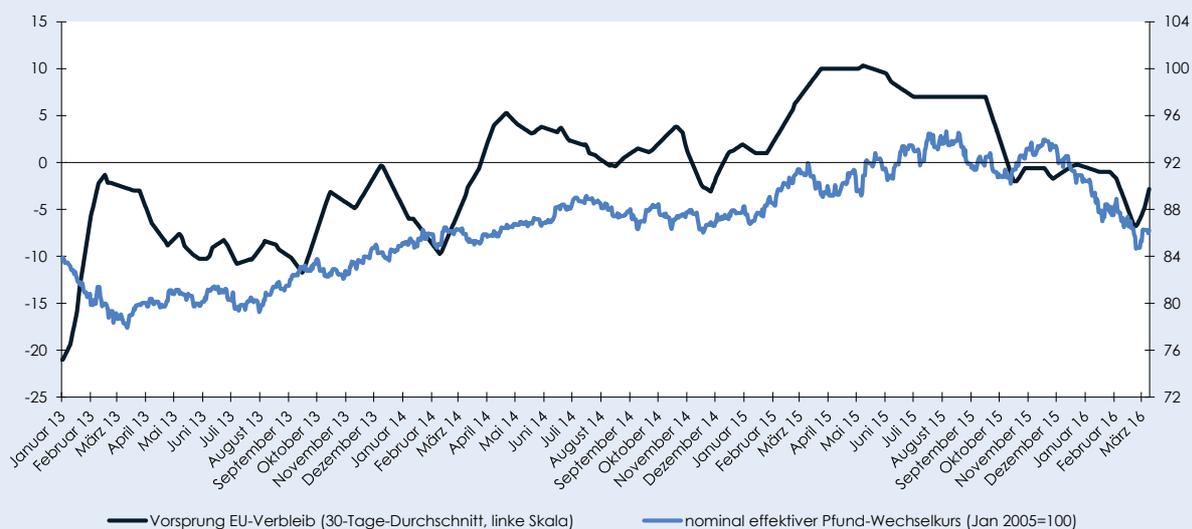
weltwirtschaftlichen und politischen Risiken sind allerdings erheblich. Die Kombination von Stabilitätsrisiken in China, Turbulenzen auf den Finanzmärkten, Unwägbarkeiten im europäischen Bankensystem, negativer Inflation im Euroraum und europäischer Uneinigkeit in der Flüchtlingspolitik birgt die Gefahr einer krisenhaften Zuspitzung. So ist damit zu rechnen, dass die immer noch sehr niedrigen Ölpreise etliche Anbieter dieses Rohstoffs in die Insolvenz treiben und sich auch die Finanzlage von Staaten, deren Einnahmen wesentlich auf Rohstofflöse zurückgehen, weiter verschlechtert. Zudem besteht nach wie vor die Möglichkeit, dass die Schrumpfungsprozesse der chinesischen Industrie deutlicher als bisher die Konjunktur des ganzen Landes in Mitleidenschaft ziehen. Längerfristige Risiken bringt das niedrige Zins- und Inflationsniveau in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften mit sich. Das betrifft vor allem, aber nicht nur, Japan und den Euroraum.

Denn auch in den Aufschwungsländern USA und Großbritannien sind die langfristigen Zinssätze mit etwa 1½% bzw. 2% ausgesprochen niedrig. Unternehmen und Haushalte, zumindest aber die Teilnehmer an den Finanzmärkten, rechnen offensichtlich für absehbare Zeit mit sehr niedrigen Inflations- und Wachstumsraten. Diese Erwartungen reduzieren zusammen mit Leitzinsen nahe null den Spielraum für die Geldpolitik, dem nächsten Abschwung zu begegnen, auf ein Minimum. Besondere Risiken ergeben sich für den Finanzsektor: Zum einen machen es die gegenwärtig niedrigen Zinserträge etwa Lebensversicherungen schwer, ihren in früheren Zeiten eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. Zum anderen verschwinden die Gewinnmargen bei der Fristentransformation der Banken, wenn Zinsen für sämtliche Laufzeiten gegen die Null-Prozent-Grenze konvergieren. Schwer abzuschätzen wären die Wirkungen dauerhaft negativer Zinssätze auf

Kasten 2**Der mögliche Brexit belastet schon jetzt die Wirtschaft**

Mitte Februar 2016 gab die britische Regierung bekannt, dass die Bürger Großbritanniens am 23. Juni 2016 über den Verbleib des Landes in der Europäischen Union abstimmen werden. Jüngsten Umfragen des Meinungsforschungsinstituts YouGov zufolge liegen die Befürworter des Verbleibs knapp vorn, nachdem das Brexit-Lager in den Monaten vor der Terminankündigung relativ deutlich in der Mehrheit war. Der Ausgang des Referendums ist offen. Ein Ausscheiden Großbritanniens aus der EU hätte nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch tiefgreifende Konsequenzen für das Land selbst, aber auch für das übrige Europa. Für die vorliegende Konjunkturprognose sind vor allem die Effekte von Bedeutung, die schon jetzt durch das Wissen um die Abstimmung im Sommer ausgehen. Zudem sind die unterschiedlichen Wirkungen zu bedenken, die von einem Ja oder einem Nein zu Europa ausgehen.

Gegenwärtig dürfte die Unsicherheit über den Abstimmungsausgang dazu führen, dass viele ökonomische Entscheidungen in Großbritannien aufgeschoben werden. Das berührt besonders die Investitionstätigkeit. Tatsächlich sind die Investitionen im zweiten Halbjahr 2015 trotz insgesamt guter Konjunktur leicht zurückgegangen.^a Darüber hinaus hängen die gegenwärtigen konjunkturellen Effekte davon ab, wie Unternehmen und Haushalte die mittel- und langfristigen Effekte eines Austritts einschätzen. Ein Indikator, der häufig sensibel auf Änderungen von Erwartungen reagiert, ist der Wechselkurs des britischen Pfunds. Nominal effektiv hat die Währung seit November 2015 um knapp 10% abgewertet. Gegenüber dem Euro verbilligte sich die britische Währung zwischenzeitlich sogar um knapp 15%. Dabei zeigt sich ein ungefähres Gleichlauf mit Ergebnissen von Umfragen darüber, ob das Land die EU verlassen sollte: Als sie im Jahr 2015 bis zum Sommer eine recht deutliche Mehrheit für den Verbleib zeigten, war das Pfund recht stark, als sich aber im Herbst ein Schwenk der öffentlichen Meinung zugunsten eines Austritts abzeichnete, verlor das Pfund (vgl. Abbildung 3). Anscheinend denken die Marktteilnehmer, dass ein Ausscheiden das Pfund schwächen würde. Als kurzfristige Effekte einer Entscheidung für einen Austritt wären also in unbestimmten Umfang mit Abzug von Kapital und einer kräftigen Abwertung zu rechnen. Dies stellt auch deshalb ein gewisses Risiko für das Land dar, weil die britische Wirtschaft ein Leistungsbilanzdefizit von etwa 5% relativ zum Bruttoinlandsprodukt ausweist. Die für die Finanzierung dieses Defizits notwendigen Kapitalzuflüsse müssten möglicherweise über höhere Risikoprämien angelockt werden.

Abbildung 3**Brexit-Umfragewerte und Pfund-Wechselkurs**

Quellen: YouGov; Bank of England; eigene Darstellung.

Auch die langfristigen Folgen dürften insgesamt negativ sein, obwohl die Befürworter eines Austritts auch ökonomische Argumente ins Feld führen. Sie nennen vor allem die Überregulierung der Wirtschaft innerhalb der EU. Allerdings lässt sich zeigen, dass es Großbritannien bisher gelungen ist, die Regulierungslasten der Wirtschaft sehr deutlich unter denen der meisten anderen Mitgliedstaaten zu halten.^b Vor allem ist für den Fall eines Austritts aber bis zu einem gewissen Grad

mit einer Entflechtung der britischen aus der europäischen Volkswirtschaft zu rechnen. Denn die Märkte für Güter und Dienstleistungen, Arbeit und Kapital innerhalb der Union dürften britischen Unternehmen nicht mehr so offenstehen wie zuvor, oder nur zu erhöhten Transaktionskosten. Das führt zu Wohlfahrtsverlusten auf beiden Seiten, welche aber für das viel kleinere Großbritannien schwerer ins Gewicht fallen. Was etwa Güter und Dienstleistungen betrifft, machen Ausfuhren in die restliche EU etwa 45% der britischen Gesamtexporte aus. Umgekehrt sind nur etwa 6% der Exporte aus den übrigen EU-Ländern für Großbritannien bestimmt. Für Deutschland ist der Anteil mit 7% geringfügig höher, für Irland mit knapp 15% mehr als doppelt so hoch.

Inwieweit die britische Wirtschaft auch nach einem Ausscheiden aus der EU noch Zugang zu den gemeinsamen Märkten behielte, ist schwer abzuschätzen. Besonders gefährdet wäre wohl der politisch besonders umstrittene Zugang von EU-Bürgern zum Arbeitsmarkt in Großbritannien, welcher aber eine erhebliche Bedeutung für die Wachstumsperspektiven des Inselstaates haben dürfte.

Es finden sich verschiedene Modelle der Anbindung europäischer Nichtmitgliedstaaten an die Europäische Union: Norwegen ist etwa als Mitglied der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) Teil des Europäischen Wirtschaftsraums. Über die EFTA behält das Land einen institutionalisierten Einfluss auf Entscheidungen der EU über Regulierungen und Standards, wenn auch kein Stimmrecht. Damit verbunden sind Zahlungen an die EU, die mit etwa ½% relativ zum Bruttoinlandsprodukt des Landes den aktuellen Nettobeitrag Großbritanniens nur unwesentlich unterschreiten. Alternativ könnte Großbritannien nach dem Vorbild der Schweiz eine Reihe bilateraler Abkommen mit der EU schließen. Für Norwegen wie für die Schweiz gilt, dass sie sich einen weitgehenden Zugang zum einheitlichen Markt sichern, indem sie einen Großteil der EU-Regulierungen übernehmen. Es darf bezweifelt werden, ob Großbritannien bereit wäre, sich in eine solche Satellitenstellung zu begeben. Ein weiteres Problem, welches ein Austritt nach sich zöge, wäre, dass die Handelsbeziehungen Großbritanniens mit etwa 60 Drittländern (etwa die USA, Indien, China, Japan und Australien) auf Abkommen der EU beruhen und sämtlich neu verhandelt werden müssten, und zwar aus einer im Vergleich zur großen EU recht schwachen Position.

Die Unsicherheit über all diese ungeklärten Fragen dürfte im Fall des Entscheids für einen Austritt die britische Konjunktur in erheblichem Ausmaß belasten, aber auch für den Rest der EU wäre wohl der dämpfende Effekt erhöhter Unsicherheit spürbar. Die vorliegende Prognose unterstellt, dass sich die Briten für einen Verbleib in der Union entscheiden. Das Verschwinden der Unsicherheit würde der Konjunktur in Großbritannien in der zweiten Jahreshälfte 2016 wohl einen kleinen Schub geben.

^a Schon seit Sommer 2015 war ein Abstimmungstermin im Jahr 2016 erwartet worden. – ^b Vgl. dazu [Letter of the Governor of the Bank of England to the Chairman of the Treasury Committee of the House of Commons](#), 17-19.

den Finanzsektor. Gegenwärtig zeigt sich, dass es den Banken schwerfällt, negative Einlagenzinsen, welche sie seit kurzem den Notenbanken im Euroraum oder in Japan zu zahlen haben, an ihre Kunden weiterzugeben, schon weil diese ihr Girogeld zu einem gewissen Grad durch Banknoten ersetzen können.

Beträchtlich sind aber auch die Risiken für den Fall, dass Zinsen und Inflationsraten rascher als vermutet auf in der Vergangenheit übliche Niveaus steigen. Denn entsprechend müssten auch die Vermögenswerte deutlich angepasst werden, welche durch die niedrigen Zinsniveaus seit längerem nach oben getrieben werden.⁵ Häuserpreise steigen etwa vielerorts in der Welt recht kräftig. Eine abrupte Anpassung an deutlich hö-

here Finanzierungskosten könnte die Finanzsysteme weltweit erheblich belasten.

Zu diesen allgemeinen Risiken kommen für die Konjunktur in der Europäischen Union noch weitere Risikofaktoren hinzu. In Europa sind die Aktienkurse, besonders die von Banken, besonders stark zurückgegangen. Ein Grund dafür ist, dass hier der Bankensektor weniger stabil als etwa in den USA scheint, denn die Gewinnmargen sind deutlich niedriger.⁶ Seit der Finanzkrise ist auch der Anteil notleidender Kredite in einigen Mitgliedsländern, etwa in Italien, recht hoch. Zudem sind europäische Bankaktien unattraktiver geworden, weil seit Anfang 2016 EU-weit die Beteiligung von Anteilseignern und Gläubigern an den Kosten der Abwicklung gescheiterter Banken vorgesehen ist.⁷ Ande-

⁵ Rein rechnerisch tendiert der Barwert von Vermögensgütern, die dauerhaft einen bestimmten Ertrag abwerfen (etwa von Grundstücken), sogar gegen unendlich, wenn der Zins als Diskontierungsfaktor gegen null geht.

⁶ Vgl. für den Euroraum etwa EZB: [Financial Stability Review](#), Mai 2015, 134.

⁷ EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen aus dem Jahr 2014.

rerseits ist die Eigenkapitalbasis europäischer Banken in den vergangenen Jahren deutlich gestärkt worden, was die Wahrscheinlichkeit des Ausbruchs einer europäischen Finanzkrise verringert haben dürfte.

Ein weiterer Risikofaktor für die europäische Wirtschaft ist politischer Natur: Kräfte, die für eine Rückabwicklung der in der Union erreichten politischen Integration eintreten, haben in Europa schon seit einigen Jahren an Einfluss gewonnen. Schwerwiegende ökonomische Konsequenzen hat dies gegenwärtig zum einen beim Umgang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen. So könnten die zum Teil wieder aufgenommenen Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums den europäischen Binnenhandel verteuern. Die vorliegende Prognose unterstellt allerdings, dass davon keine nennenswerten konjunkturellen Effekte ausgehen. Noch größere Risiken gehen wohl von der Möglichkeit aus, dass sich Großbritannien im Juni für einen Austritt aus der Europäischen Union entscheidet (vgl. Kasten 2). Eine klare Mehrheit der wirtschaftlichen Entscheidungsträger dürfte einen solchen Schritt als schädlich für die britische Wirtschaft, aber auch für die der Partnerländer in der Union ansehen. Denn es ist schwer abzusehen, wie die gemeinsamen Märkte für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit einen Austritt überstünden. Kurzfristig wäre bei einem Austritt wohl mit einem deutlichen Fall des Pfunds und spürbarer Zurückhaltung bei Investitionen in Großbritannien zu rechnen. Aber auch die Rest-Union dürfte aus globaler Sicht als Wirtschaftsstandort an Attraktivität verlieren, denn Großbritannien ist ein besonders dynamischer und für die fortschreitende Globalisierung Europas besonders wichtiger Teil der Europäischen Union.

Stabile Konjunktur in Deutschland mit kurzer Schwächeperiode im Frühjahr

Die Konjunktur in Deutschland hat in der zweiten Jahreshälfte 2015 etwas an Tempo verloren; das reale Bruttoinlandsprodukt nahm nur noch um jeweils 0,3% je Quartal zu. Maßgeblich hierfür war die Verschlechterung des außenwirtschaftlichen Klimas, vor allem durch die konjunkturelle Eintrübung in China. Nach kräftigen Zuwächsen in der ersten Jahreshälfte nahm die Ausfuhr bereits im dritten Jahresviertel nur noch wenig zu, um dann im Schlussquartal deutlich zurückzugehen. Die inländische Verwendung war hingegen kräftig aufwärtsgerichtet. Vor allem zogen die Investitionen nach einem anämischen Sommerhalbjahr zum Jahresende

kräftig an, wobei vor allem die öffentlichen Investitionen als auch der Wohnungsbau spürbare Zuwächse verzeichneten. Im Jahresdurchschnitt nahm die inländische Verwendung im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr etwas rascher zu, wobei einer spürbaren Beschleunigung bei den privaten und den öffentlichen Konsumausgaben eine Stagnation der Bauinvestitionen gegenüberstand. Da zudem – bedingt vor allem durch einen stärkeren Anstieg der Einfuhr – der Außenbeitrag etwas weniger zum Bruttoinlandsprodukt beitrug als im Vorjahr, fiel die gesamtwirtschaftliche Zuwachsrate mit 1,7% nur unmerklich höher aus als im Jahr 2014. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten waren nach leichtem Anstieg zum Ende des Jahres 2015 annähernd ausgelastet.

Im neuen Jahr dürfte sich das gesamtwirtschaftliche Expansionstempo leicht erhöht haben (vgl. Tabelle 4). Die Industrieproduktion lag im Januar mit 3,2% merklich über dem Stand des Vierteljahrs zuvor, und auch die Erwerbstätigkeit wurde spürbar rascher ausgeweitet. Allerdings dürften diese Beobachtungen die konjunkturelle Dynamik überzeichnen. Dafür sprechen die weitaus moderatere Zunahme der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe – diese übertrafen den Vorquartalsstand nur um 0,3% – sowie die Tatsache, dass die Unternehmen ihre Geschäftslage im Durchschnitt der Monate Januar und Februar sogar etwas ungünstiger einschätzten als im Schlussquartal 2015.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Konjunktur in der Tendenz etwas an Schwung verlieren (vgl. Abbildung 4). Darauf deutet der – wohl hauptsächlich durch ungünstigere Perspektiven im Auslandsgeschäft hervorgerufene – merkliche Rückgang der Geschäftserwartungen nach der Jahreswende hin. Da aber eine nachhaltige Destabilisierung der Weltwirtschaft im laufenden Jahr aus heutiger Sicht unwahrscheinlich erscheint, ist für die zweite Jahreshälfte mit einem Wiederanziehen des Produktionsanstiegs zu rechnen, zumal sich die Rahmenbedingungen für die Binnenkonjunktur weiter verbessert haben.

Neben sehr niedrigen Zinsen, einer – auch nach der jüngsten Aufwertung noch – sehr niedrigen Bewertung des Euro und einem weiter kräftigen Beschäftigungs- und Einkommensanstieg wird die inländische Nachfrage im Prognosezeitraum dadurch angeregt, dass die Fluchtmigration im Wege von Unterstützungsleistungen, Baumaßnahmen und Verwaltungsleistungen zu zusätzlichen staatlichen Ausgaben führt, ohne dass dafür unmittelbar Steuern und Abgaben erhöht werden. Unter den hier getroffenen Annahmen hinsichtlich des Zuzugs von Asylbewerbern und der durch sie verur-

Tabelle 4
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung^a
 Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
private Konsumausgaben	0,4	0,1	0,6	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3
öffentlicher Konsum	0,5	0,7	0,5	1,0	0,9	0,8	0,6	0,5	0,7	0,4	0,4	0,3
Ausrüstungen	1,9	0,6	0,2	1,0	0,2	0,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Bauten	1,4	-1,8	-0,2	2,2	0,7	0,2	0,6	0,7	0,7	0,6	0,5	0,5
sonstige Anlagen	0,8	0,7	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Vorratsinvestitionen ^b	0,0	-0,3	0,1	0,1	0,2	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
inländische Verwendung	0,6	-0,2	0,6	0,8	0,8	0,3	0,6	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ^b	-0,2	0,6	-0,3	-0,5	-0,3	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0
Exporte	1,5	1,8	0,3	-0,6	0,3	0,4	1,3	1,2	1,0	1,1	1,0	1,1
Importe	2,2	0,6	1,1	0,5	1,0	0,9	1,7	1,6	1,5	1,4	1,3	1,3
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,4	0,3	0,3	0,5	0,1	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

^a Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte; in Vorjahrespreisen. – ^b Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

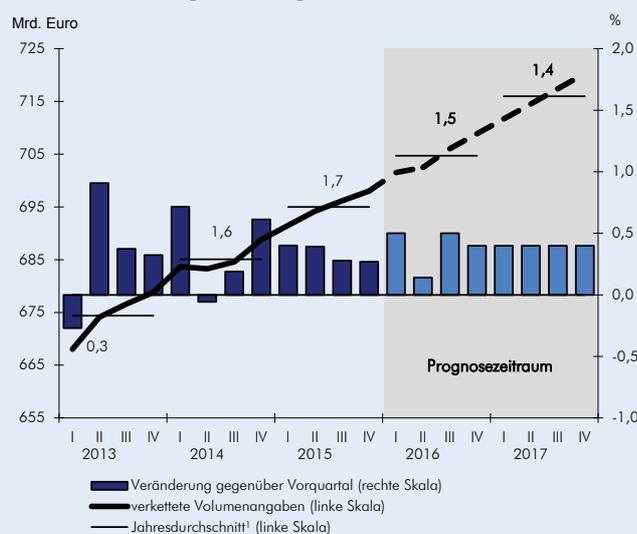
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 1. Quartal 2016: eigene Prognose.

sachten Mehraufwendungen sowie der dadurch verdrängten anderen staatlichen Ausgaben dürfte sich der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts dadurch im laufenden Jahr um etwa einen viertel Prozentpunkt erhöhen.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2016 um 1,5% und im Jahr 2017 um 1,4% steigen (vgl. Tabellen 5 und 6).⁸ Die Verbraucherpreise werden

im Jahr 2016, bedingt durch den Rückgang der Energiepreise und den sehr niedrigen Preisauftrieb bei verarbeiteten Importgütern, abermals kaum zunehmen, im Jahr danach etwas stärker. Die Beschäftigung dürfte stärker zulegen als im Vorjahr. Die registrierte Arbeitslosigkeit dürfte gleichwohl leicht steigen, da die meisten Asylsuchenden infolge der Schwierigkeiten bei ihrer Integration in den Arbeitsmarkt zunächst arbeitslos sein werden.

Abbildung 4
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2016: eigene Prognose.

Tabelle 5
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts^a
 in Prozentpunkten

	2015	2016	2017
Konsumausgaben	1,5	1,7	1,2
private Konsumausgaben	1,1	1,1	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,5	0,6	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,4	0,5	0,5
Ausrüstungen	0,3	0,1	0,2
Bauten	0,0	0,3	0,2
sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderung	-0,5	0,0	0,0
inländische Verwendung	1,5	2,2	1,7
Außenbeitrag	0,2	-0,7	-0,3
Exporte	2,5	0,9	1,8
Importe	-2,3	-1,6	-2,1
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,5	1,4

^a Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: eigene Prognose.

⁸ Für das Jahr 2016 reicht das 66%-Prognoseintervall von 1,0% bis 1,8% und für das Jahr 2017 von -0,1% bis 2,9%.

Tabelle 6
 Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts
 in % bzw. Prozentpunkten

	2015	2016	2017
statistischer Überhang ^a	0,5	0,4	0,6
Jahresverlaufsrate ^b	1,3	1,5	1,6
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	1,4	1,4	1,6
Kalendereffekt ^c	0,2	0,1	-0,2
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	1,7	1,5	1,4

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen Bruttoinlandsprodukts. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: eigene Prognose.

Rahmenbedingungen für die Prognose

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen bezüglich des internationalen Umfelds zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2016 bei 39 und im Jahr 2017 bei 43 US-Dollar pro Barrel.⁹ Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar bleibt bis Ende des Jahres 2017 bei 1,10 US-Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist im Prognosezeitraum etwas geringer als im Jahr 2015, aber etwas höher als im Jahr 2014. Der Hauptrefinanzierungssatz der EZB bleibt bis Ende 2017 bei 0%.

Die monetären Bedingungen in Deutschland sind weiterhin sehr günstig. Sowohl die Zinsen an den Kreditmärkten als auch die Umlaufrenditen an den Kapitalmärkten lagen am Jahresanfang auf einem niedrigen Niveau. Zwar haben sich die Renditen für Unternehmensanleihen seit ihrem Tiefstwert im März 2015 um 0,7% auf derzeit 2,8% erhöht, dieser Wert ist im historischen Vergleich jedoch immer noch sehr niedrig. So müssen Unternehmen derzeit auch nur 1,3% bei der Aufnahme neuer Kredite bezahlen. Anreize für die Aufnahme von Fremdkapital gibt es zudem auch für Privathaushalte und den Staat. So werden Konsumentenkredite aktuell mit 6,5% verzinst, was eine geringfügige Erhöhung im Vergleich zum Jahresende bedeutet, während Immobilienkredite unverändert 2% kosten. Zehnjährige Bundesanleihen erwirtschaften derzeit eine historisch niedrige Rendite von nur noch 0,1%. Die Kreditvolu-

⁹ Die Setzungen für den Ölpreis ergeben sich aus der Prognose seiner nachfrageseitigen Determinanten. Vgl. zur Methodik *Arbeitskreis Konjunktur des IWH: Zur Endogenisierung des Ölpreises in der vorliegenden Prognose*, in: *IWH, Konjunktur aktuell*, Jg. 3 (5), 2015, 188-189.

mina folgen weiterhin einem seit Ende 2010 zu beobachtenden Anstieg, wobei dieser zuletzt bei Unternehmenskrediten stärker ausfiel als bei den Krediten an private Haushalte. Die Banken erwarten laut Bank Lending Survey der Deutschen Bundesbank, dass sich diese Entwicklung fortsetzt. Sie rechnen mit einer steigenden Nachfrage bei Unternehmenskrediten und einem unverändert hohen Niveau bei jener nach Immobilien- und Konsumkrediten. Da die mit den weiteren geldpolitischen Maßnahmen einhergehenden negativen Einlagenzinsen tendenziell betragsmäßig steigen dürften, ist nicht auszuschließen, dass die Banken die höheren Kosten zumindest teilweise an ihre Kreditkunden weitergeben. Dies dürfte dazu führen, dass die Zinsen nicht mehr sehr viel weiter sinken werden. Insgesamt dürften sich die sehr günstigen monetären Rahmenbedingungen auch im Prognosezeitraum damit fortsetzen. Die Finanzpolitik ist im Jahr 2016, insbesondere aufgrund von Steuerentlastungen, nochmals expansiv ausgerichtet. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt beläuft sich der finanzpolitische Impuls auf 0,2%. Im kommenden Jahr schwenkt die Finanzpolitik auf einen nahezu konjunkturneutralen Kurs ein (vgl. Tabelle 7).

Arbeitsmarkt nach wie vor in guter Verfassung

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich weiter sehr günstig. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im vierten Quartal 2015 um 123 000 Personen bzw. 0,3% gegenüber dem Vorquartal zu.¹⁰ Das Arbeitsvolumen stieg sogar um 0,6%. Zu diesem starken Anstieg dürfte auch die zusätzliche Arbeitsnachfrage für die Betreuung, Versorgung und Unterbringung der Asylsuchenden beigetragen haben. Maßgeblich für den Beschäftigungsaufbau war erneut die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die um 198 000 Personen zunahm. Die geringfügige Beschäftigung ging deutlich schwächer als in der ersten Jahreshälfte zurück. Dies deutet darauf hin, dass die durch die Einführung des Mindestlohns induzierte Umstrukturierung in diesem Arbeitsmarktsegment weit fortgeschritten ist. Bei der selbstständigen Beschäftigung setzte sich der Rückgang fort. Dieser resultiert nahezu vollständig aus der Abnahme der nicht geför-

¹⁰ Mit der Veröffentlichung der aktuellen Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden für den Zeitraum von 1991 bis 2015 revidierte Ergebnisse zur Entwicklung der Bevölkerung veröffentlicht (vgl. Kasten 3). Nunmehr wird die Bevölkerung für das Jahr 2014 um 1,4 Millionen Personen niedriger ausgewiesen als bisher. Dies hat Konsequenzen für eine Reihe von Relationskennzahlen. So beträgt jetzt der Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im Jahr 2014 55,2%. Davor lag dieser Anteil bei 54,3%.

Tabelle 7**Änderung von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen^a**

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-), in Mrd. Euro gegenüber 2015

	2016	2017
Alterseinkünftegesetz	-1,2	-2,4
Gesetz zum Abbau der kalten Progression und zur Anpassung von Familienleistungen	-4,6	-4,4
Steueränderungsgesetz 2015	-0,1	-0,1
Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes	0,3	0,3
Abschaffung der Eigenheimzulage	0,1	0,1
Wegfall des Betreuungsgelds	0,7	0,9
Auslaufen der Fluthilfemaßnahmen	0,5	1,5
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2017 um 0,2 Prozentpunkte auf 2,55%		2,5
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung zum 1. Januar 2016 auf durchschnittlich 1,1% und zum 1. Januar 2017 auf durchschnittlich 1,3%	3,3	5,5
GKV-Versorgungsstärkungsgesetz	-0,1	-0,1
Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention	-0,3	-0,3
Leistungsausweitungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	-0,2	-0,2
Zweites Pflegestärkungsgesetz		-4,0
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	-0,2	-0,2
Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung	-0,5	-0,8
Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	-0,1	-0,5
Reform des Wohngeldrechts und Änderung des Wohnraumförderungsgesetzes	-0,6	-0,5
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen ^b	-2,5	-4,5
Förderprogramm für den Breitbandausbau	-0,7	-0,7
Förderung des sozialen Wohnungsbaus	-0,5	-0,5
steuerliche Förderung des Mietwohnungsneubaus		-0,0
Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungssteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	0,0	0,1
insgesamt ^f	-6,6	-8,3
insgesamt gegenüber 2014 (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,2	-0,3
insgesamt gegenüber Vorjahr (in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %)	-0,2	-0,0
nachrichtlich: Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration	-16,2	-27,3

^a Ohne makroökonomische Rückwirkungen; ohne Berücksichtigung der Stützungsmaßnahmen für Finanzinstitute und Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU). – ^b Investive Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag, Investitionspaket über zehn Mrd. Euro, zusätzliche Investitionen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsfonds sowie zusätzliche Mittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung. –

^c Differenzen durch Rundungsfehler.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; eigene Berechnungen und Schätzungen.

derten Selbstständigkeit. Vermutlich hat die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dazu geführt, dass vor allem für Solo-Selbstständige eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung eine attraktive Alternative darstellt.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen ging im vierten Quartal 2015 um 25 000 Personen zurück. Dieser Rückgang war damit erneut deutlich geringer als der Beschäftigungsaufbau. Die Ursache dafür liegt vor allem darin, dass infolge der hohen Nettozuwanderung das Erwerbspersonenpotenzial weiter zugenommen hat. Einfluss hatte auch der weitere Rückgang der Zahl der in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geförderten Personen. Diese günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich bis zuletzt fortgesetzt. So stieg die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt zu Beginn des Jahres

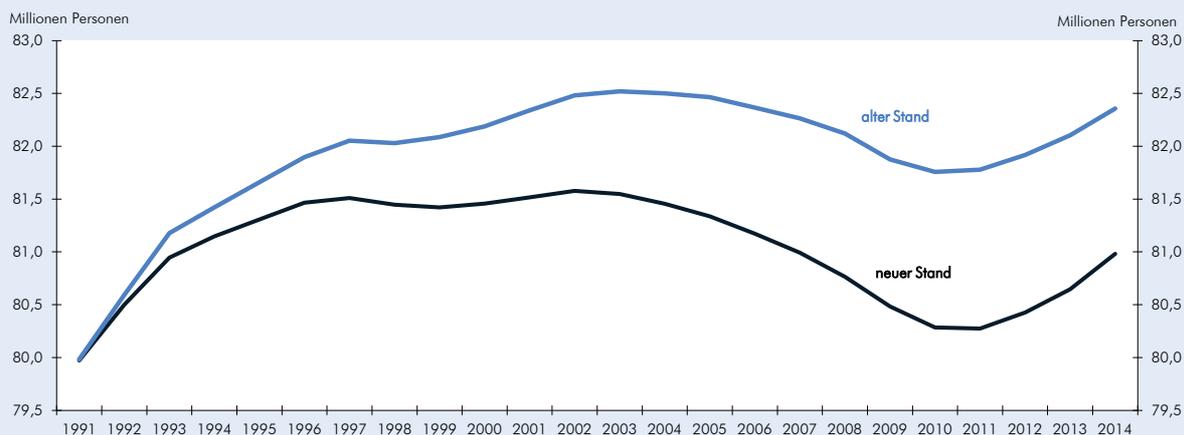
2016 erneut, und die Arbeitslosigkeit nahm in den ersten beiden Monaten des Jahres 2016 weiter ab.

Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich zunächst fortsetzen. Dafür spricht auch der hohe Bestand an offenen Stellen. Allerdings wird die Beschäftigungszunahme im Frühjahr 2016 infolge der schwächeren Produktionsentwicklung wohl geringer ausfallen (vgl. Abbildung 6). Darauf weist auch das ifo Beschäftigungsbarometer hin, das die Einstellungsbereitschaft der gewerblichen Wirtschaft für drei Monate im Voraus erfasst. Dieses war in den beiden ersten Monaten 2016 rückläufig. Im Gefolge der danach wieder kräftiger expandierenden Produktion dürfte die Beschäftigung im Verlauf der zweiten Jahreshälfte wieder stärker zunehmen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2016 wohl um ca. 480 000 Personen und im Folgejahr um knapp 370 000 zunehmen.

Kasten 3**Zur Änderung der Bevölkerungsstatistik**

Die amtlichen Angaben zur Bevölkerung in Deutschland beruhen auf Ergebnissen des Zensus 2011, welche für die Jahre nach 2011 mit Hilfe von Angaben über An- und Abmeldungen von Personen aus einer Wohnung bei den Meldebehörden sowie Angaben über von den Standesämtern erfassten Geburten und Sterbefällen jeweils zum Stichtag 31.12. fortgeschrieben werden.^a Da eine bis 1991 rückwirkende Bevölkerungsfortschreibung noch nicht veröffentlicht wurde, liegt gegenwärtig ein Bruch in der Bevölkerungszeitreihe zwischen 2010 und 2011 vor. Um diesen Effekt zu beheben, werden die Statistiken stufenweise auf die neue Zensusgrundlage umgestellt. So wurde im Jahr 2014 im Rahmen der Generalrevision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für die Jahre ab 1991 der Zensus 2011 (und seine Rückrechnung bis 1991) schon als neue Datenquelle für die Erwerbstätigenrechnung sowie für die Berechnung der Wertschöpfung aus Wohnungsvermietung eingearbeitet.^b

Im Februar 2016 wurde auch die Bevölkerungsstatistik nach VGR-Abgrenzung maßgeblich revidiert.^c Für den Zeitraum von 2011 bis 2014 stimmt die VGR-Bevölkerungsstatistik mit den Durchschnitten der Stichtagswerte laut Bevölkerungsfortschreibung Zensus 2011 überein. Für den Zeitraum zwischen 1991 und 2011 wurden die Bevölkerungszahlen entsprechend einer gesamtstaatlichen Bevölkerungsfortschreibung zurückgerechnet. Im Vergleich zum vorherigen Datenstand sind die Bevölkerungszahlen nun deutlich geringer – für das Jahr 2014 liegt die Differenz beispielsweise bei 1,4 Millionen Personen (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5**Bevölkerung in Deutschland**

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Darstellung.

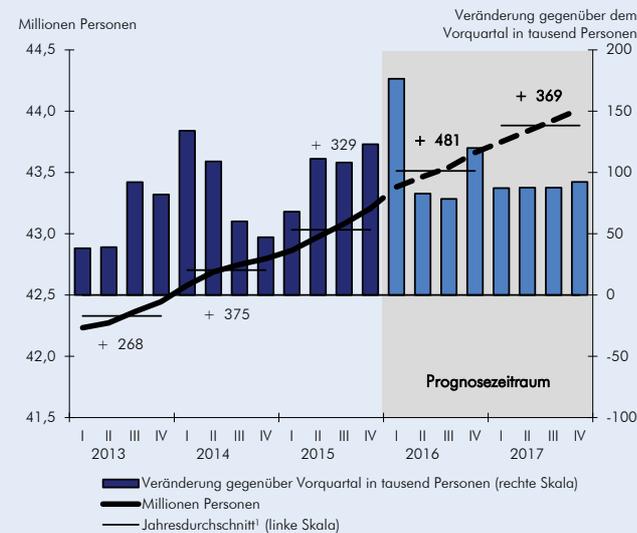
Die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts ist von der amtlichen Einwohnerzahl zwar unabhängig, jedoch ergeben sich mit der Umstellung auf den Zensus 2011 Änderungen bei den Pro-Kopf-Größen wie dem BIP je Einwohner. Da die Statistiken hinsichtlich der Erwerbstätigen jüngst unverändert blieben – weil bereits seit 2014 Zensuswerte zugrunde gelegt wurden – hat dies beispielsweise auf die Berechnung der Produktivität und der Partizipationsquote keinen Einfluss. Geändert haben sich jedoch zum Jahresende 2015 außerdem die endgültigen Ergebnisse der Zusammensetzung nach Altersjahren aus der Bevölkerungsfortschreibung bis zum Jahr 2014. Die für die vorliegende Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung relevante Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter (15- bis 74-Jährige) ist im Vergleich zu bisherig verfügbaren Zahlen geringer.^d

^a Während die monatlichen Werte nur wenige Merkmale, wie bspw. Geschlecht und Staatsangehörigkeit (deutsch/nicht-deutsch), aufweisen, sind die jährlichen Daten für die Bevölkerung zum Stichtag 31. Dezember detaillierter und u. a. nach Alter und Familienstand verfügbar. Vgl. Kaus, W.; Mundil-Schwarz, R.: Die Ermittlung der Einwohnerzahlen und der demografischen Strukturen nach dem Zensus 2011. WISTA – Wirtschaft und Statistik, 4/2015. –

^b Vgl. Statistisches Bundesamt: Erwerbstätigenrechnung und Zensus 2011: Warum weichen die Ergebnisse ab? Wiesbaden 2014. – ^c Während die Bevölkerungsfortschreibung nach Zensus 2011 mit Stichtagsgrößen arbeitet, wird im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf Jahresdurchschnitte zurückgegriffen. – ^d Für die Jahre 2011 bis 2013 wurde die Altersgruppe der 15- bis 74-Jährigen jeweils um etwa 40 000 Personen gemindert (vgl. Statistisches Bundesamt sowie eigene Berechnungen).

Abbildung 6**Erwerbstätige**

Inlandskonzept, saisonbereinigter Verlauf



¹ Ursprungswerte: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen und Darstellung; ab 1. Quartal 2016: eigene Prognose.

Die registrierte Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten nahezu unverändert bleiben. Darauf weist das IAB-Arbeitsmarktbarometer hin, das die von den örtlichen Arbeitsagenturen erwartete Arbeitslosigkeit in den nächsten drei Monaten erfasst. In der zweiten Jahreshälfte dürfte dann die registrierte Arbeitslosigkeit steigen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Integration anerkannter Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt langwierig sein wird (vgl. Kasten 4). Im Durchschnitt des Jahres 2016 wird die Zahl der Arbeitslosen wohl um 54 000 Personen und im Jahr 2017 um etwa 200 000 Personen über dem Vorjahresstand liegen. Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote dürfte 6,1% im Jahr 2016 und 6,5% im Jahr 2017 betragen. Sollten allerdings Asylbewerber verstärkt durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie beispielsweise Ein-Euro-Jobs gefördert werden, wird der Anstieg der Arbeitslosigkeit geringer ausfallen, da Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nicht zu den registrierten Arbeitslosen zählen.

Löhne steigen weniger kräftig

Der Tariflohnanstieg lag im Jahr 2015 bei 2,4%. Vor allem zur Jahresmitte wurden recht viele Tarifverträge neu abgeschlossen, wobei meistens Lohnerhöhungen zwischen 2% und 3% vereinbart wurden. In den Jahren 2016 und 2017 werden die Tariflöhne dann jeweils

ähnlich schnell zulegen. Die Einführung des Mindestlohns dürfte bisher vor allem in den unteren Lohngruppen gewirkt haben. Auf die im Tariflohnindex erfassten mittleren Lohngruppen hatten notwendige Lohnsteigerungen infolge der Mindestlohneinführung bisher keinen wesentlichen Einfluss.

Der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten, der im dritten Quartal 2015 etwas an Fahrt verloren hatte, legte im vierten Quartal wieder stärker zu. Insgesamt stiegen die Effektivlöhne je Beschäftigten im Jahr 2015 um 2,9%. Sie nahmen damit deutlich schneller zu als die Tariflöhne. In den Jahren 2016 und 2017 dürfte der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten etwas nachlassen. So dürfte zum einen die dann einsetzende Integration der Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt in einigen Segmenten zu einer kräftigen Arbeitsangebotserhöhung führen und zum anderen die geringe Inflation im Prognosezeitraum den Druck auf die Löhne verringern.

Mit der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 wurden die Stundenlöhne im Niedriglohnbereich kräftig angehoben. Gleichzeitig leisteten Ungelernte, die besonders häufig unter den Mindestlohnempfängern sind, weniger Arbeitsstunden.¹¹ Dadurch dürften die Bruttolöhne und -gehälter bei diesen Beschäftigten weniger stark als deren Stundenlöhne gestiegen sein. Insgesamt nahm die durchschnittliche Arbeitszeit aller Beschäftigten jedoch kräftig zu. Diese wurde teilweise auf Arbeitszeitkonten gutgeschrieben und noch nicht vergütet. Daher legten die Stundenlöhne im Jahr 2015 mit 2,4% weniger kräftig zu. Im Prognosezeitraum dürften sie etwas schneller zulegen. Insgesamt nahmen die Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2015 um 4,0% zu. Im Jahr 2016 wird das Lohnplus ähnlich kräftig steigen und im Jahr 2017 dann wohl etwas geringer ausfallen. Die Lohnstückkosten sind im Jahr 2015 um 1,7% gestiegen und werden in den beiden Jahren danach wohl um 2,2% und 2,1% zunehmen.

Negativer Wachstumsbeitrag vom Außenhandel aufgrund schwacher Exporte

Die Aus- und Einfuhren legten im Jahr 2015 deutlich stärker zu als in den Vorjahren. Der Handel profitierte weiter von der deutlichen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Zuge der Abwertung des Euro seit Mitte 2014 sowie

¹¹ Vgl. hierzu auch: Holtemöller, O.: Aktuelle Trends: Nach Einführung des Mindestlohns: Höherer Stundenlohn, aber geringere Arbeitszeit bei Ungelernten, in: *IWH, Wirtschaft im Wandel*, Jg. 22 (1), 2016, 4.

Kasten 4**Zu den Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf den Arbeitsmarkt**

Die Abschätzung der Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf den deutschen Arbeitsmarkt beruht auf einer Reihe von Annahmen. Dazu zählen insbesondere folgende:

- Im Jahr 2015 wurden insgesamt 477 000 Asylanträge gestellt. Die tatsächliche Zahl der neu zugewanderten Asylsuchenden war jedoch deutlich höher: Im EASY-System^a wurden 2015 knapp 1,1 Millionen Personen registriert. Zu Beginn des Jahres 2016 ging die Zahl der im EASY-System erfassten Personen sehr deutlich zurück. Für den Prognosezeitraum wird unterstellt, dass die Flüchtlingsmigration abnimmt (2016: 780 000; 2017: 480 000) (vgl. Tabelle 8). Von den im EASY-System registrierten Personen dürften knapp 90% tatsächlich einen Asylantrag stellen.

Tabelle 8**Zu den Wirkungen der Flüchtlingsmigration auf Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit**

in 1 000 Personen

		2015	2016	2017
Asylbewerber insgesamt				
Anträge im EASY-System	(1)	1 092	780	480
registrierte Asylbewerber	(2)	477	990	600
laufende Asylverfahren ^a	(3)	365	585	310
Asylbewerber im laufenden Verfahren				
erfahrungsmäßige Erwerbsquote (in %)	(4)	15	20	20
Personen in Qualifizierungsmaßnahmen	(5)	5	20	30
Erwerbspersonen I ^b	(6) = (3)-(4)-(5)	50	100	30
Entscheidungen durch das BAMF				
Entscheidungen über Asylanträge	(7)	283	770	880
Gesamtzuschutzquote ^c (in %)	(8)	49,8	65	70
positive Entscheidungen	(9) = (7)*(8)	141	500	615
geduldete Personen mit Arbeiterlaubnis	(10)	30	100	125
Asylbewerber mit positivem Bescheid sowie geduldete Personen mit Arbeiterlaubnis				
Anteil der 14-bis 64-Jährigen (in %)	(11)	78	78	78
Personen im erwerbsfähigen Alter	(12) = (11)* [(10)+(9)]	130	470	575
Partizipationsquote ^d (in %)	(13)	67	65	65
Erwerbspersonen II ^b	(14) = (13)*(12)	90	305	375
Erwerbstätige und Unterbeschäftigung				
Erwerbstätigenquote ^e (in %)	(15)	8	9	13
Erwerbstätige	(16) = (15)*(12)	10	45	75
Unterbeschäftigte	(17) = (14)-(16)	80	260	300
Anteil der Stillen Reserve an den Unterbeschäftigten (in %)	(18)	80	40	30
Stille Reserve	(19) = (18)*(17)	65	105	90
Arbeitslose	(20) = (17)-(19)	15	155	210

^a Stand: jeweils Dezember. Während in früheren IWH-Veröffentlichungen hier der Jahresdurchschnitt ausgewiesen wurde, wird nun der Jahresendstand berichtet. Somit kann die Zahl der laufenden Asylverfahren wie folgt berechnet werden: Stand der Vorjahresperiode zuzüglich registrierte Asylanträge abzüglich Entscheidungen durch das BAMF. – ^b Zu den Erwerbspersonen I gehören Asylbewerber, die bereits im laufenden Asylverfahren erwerbstätig sein können. Zu den Erwerbspersonen II gehören hier Personen, die erst nach Abschluss des Asylverfahrens Zugang zum Arbeitsmarkt haben. – ^c Anteil der positiven Entscheidungen an den Asylanträgen insgesamt. – ^d Anteil der Erwerbspersonen an den Personen im erwerbsfähigen Alter. – ^e Anteil der Erwerbstätigen an den Personen im erwerbsfähigen Alter.

Quellen: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; eigene Annahmen und Berechnungen.

- Ende Februar 2016 gab es 393 000 anhängige Asylverfahren. Im gleichen Monat wurde jedoch nur über 52 000 Asylanträge entschieden. Durch die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wird die Bearbeitungsdauer der Asylanträge deutlich verringert werden.
- Der Anteil der positiv entschiedenen Asylanträge betrug im Jahr 2015 49,8%. Im Prognosezeitraum dürfte der Anteil von Flüchtlingen, bei denen die Wahrscheinlichkeit der Asylgewährung hoch ist, deutlich zunehmen. Deshalb dürfte diese Schutzquote 65% im Jahr 2016 und im Folgejahr 70% betragen.

- Bei einem Teil der abgelehnten Asylbewerber wird die Abschiebung ausgesetzt. Unter bestimmten Bedingungen haben diese Personen Zugang zum Arbeitsmarkt. Es wird unterstellt, dass zu den positiv entschiedenen Asylbewerbern etwa 20% geduldete Personen hinzukommen.
- Die Möglichkeiten für einen Familiennachzug wurden teilweise eingeschränkt.^b Da es sich beim Familiennachzug ohnehin überwiegend um Frauen und Kinder handelt und die Erwerbsbeteiligung der Frauen in dieser Gruppe vergleichsweise niedrig ist,^c dürfte der Einfluss des Familiennachzugs auf das Erwerbspersonenpotenzial gering sein.
- Etwa 78% der anerkannten Asylbewerber sind im erwerbsfähigen Alter. Die Partizipationsquote für diesen Personenkreis dürfte im Prognosezeitraum bei 65% liegen. Der Anteil der Beschäftigten an Flüchtlingen im Alter von 15 bis 64 Jahren beträgt im Zugangsjahr durchschnittlich 8%.^d Im zweiten Jahr sind es 19% und im dritten Jahr 27%. Aufgrund dieser relativ geringen Anteile dürfte die überwiegende Zahl der Asylbewerber zunächst in einer Form der Unterbeschäftigung sein.^e Da die Registrierung als Arbeitsloser erst mit zeitlicher Verzögerung möglich ist, wird der größte Teil davon zunächst wohl in der Stillen Reserve sein.

Insgesamt dürfte die Zahl der Erwerbspersonen infolge der Flüchtlingsmigration im Jahr 2016 um etwa 305 000 Personen und im Jahr darauf um 375 000 Personen zunehmen. Von dem für das Jahr 2016 prognostizierten Zuwachs der Erwerbstätigkeit von insgesamt 481 000 Personen werden wohl 45 000 auf anerkannte bzw. geduldete Flüchtlinge entfallen. Im Jahr 2017 dürften von den etwa 370 000 zusätzlichen Erwerbstätigen etwa 75 000 anerkannte bzw. geduldete Flüchtlinge sein. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen dürfte infolge der Flüchtlingsmigration im Jahr 2016 um 155 000 und im Jahr 2017 um 210 000 Personen steigen. Ohne die durch Flüchtlingsmigration induzierte registrierte Arbeitslosigkeit würde sich der Abbau der Arbeitslosigkeit fortsetzen.

^a Das EASY-System ist eine IT-Anwendung zur Erstverteilung der Asylbegehrenden auf die Bundesländer. – ^b Vgl. <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2016/02/2016-02-03-asylpaket2.html?nn=694676>. – ^c Vgl. Fuchs, J.; Weber, E.: Flüchtlingseffekte auf das Erwerbspersonenpotenzial. IAB, Aktuelle Berichte 17/2015, 3. – ^d Vgl. Brücker, H.; Hauptmann, A.; Vallizadeh, E.: Flüchtlinge und andere Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. IAB, Aktuelle Berichte 14/2015, 9 f. – ^e Zu dieser gehört die registrierte Arbeitslosigkeit sowie die so genannte Stille Reserve. Zur Stillen Reserve gehören insbesondere: a) Personen, die beschäftigungslos sowie verfügbar sind und Arbeit suchen, ohne als Arbeitslose registriert zu sein, b) Personen, die die Arbeitsuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden, c) Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und in Warteschleifen des Bildungs- und Ausbildungssystems und d) Personen, die aus Arbeitsmarktgründen vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Vgl. Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2014. Nürnberg 2015, 42.

von der konjunkturellen Erholung im Euroraum, die sich im Frühjahr 2015 zunächst gefestigt hatte. Die Ausfuhren expandierten außerordentlich kräftig in Hauptabnehmerländer wie die USA oder Großbritannien. Ebenfalls beschleunigt stiegen sie in einige EU-Länder, die konjunkturell in vergleichsweise guter Verfassung sind (Irland, Spanien, Polen, Tschechien, Niederlande). Dagegen stagnierten sie in die asiatischen Länder; nach Russland waren sie weiterhin stark rückläufig. Ab dem dritten Quartal 2015 haben sich jedoch die Ausfuhren in nahezu alle Regionen deutlich abgeschwächt; im vierten Quartal waren die Warenexporte insgesamt rückläufig. Dafür ist vor allem ein Nachfragerückgang aufgrund der erneuten Abschwächung der Konjunktur bei den Handelspartnern ursächlich.

Die Einfuhren haben 2015 ebenfalls stärker zugelegt als im Vorjahr. Vor allem der mit den kräftigeren Ausfuhren verbundene größere Bedarf an Vorleistungen sowie die stärker gestiegene Binnennachfrage waren hier von Bedeutung. Begünstigt wurde die Importentwicklung auch durch die weiter gesunkenen Importpreise, in denen sich sowohl der starke Rückgang der

Weltmarktpreise für Rohstoffe als auch die äußerst niedrige Inflation in den Lieferländern widerspiegeln. Im Prognosezeitraum werden die Exporte nach ihrem zwischenzeitlichen Einbruch allmählich wieder zunehmen. Darauf deuten die jüngsten Auslandsaufträge im Verarbeitenden Gewerbe hin. Nach einem Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland im Herbst 2015 sind sie zum Jahreswechsel wieder gestiegen. Bezogen auf die Absatzrichtung des Auslandsgeschäfts stiegen zuletzt die Auftragseingänge aus der Eurozone wieder stärker, wogegen die aus dem restlichen Ausland leicht sanken. Vor diesem Hintergrund werden die Exporte in diesem Jahr mit 1,9% nur wenig zulegen, im Jahr 2017 wird der Zuwachs 4% betragen.

Die Dynamik der Einfuhren wird die Expansion der Ausfuhren in beiden Jahren mit 4,2% bzw. 5,6% übertreffen. Die maßgeblichen Impulse kommen dabei von der Binnennachfrage. Rechnerisch wird der Außenhandel im Prognosezeitraum negativ zur Produktionsausweitung beitragen.

Die *terms of trade* haben sich im Jahr 2015 nochmals deutlich verbessert. Durch den starken Rückgang der

Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe sind die Einfuhrpreise trotz der Euroabwertung kräftiger zurückgegangen als die Ausfuhrpreise. Im Prognosezeitraum werden die Ausfuhrpreise mit der anziehenden Auslandsnachfrage nur noch leicht sinken bzw. in etwa stagnieren. Die Einfuhrpreise dürften zunächst aufgrund des erneuten Falls der Rohstoffpreise zu Jahresbeginn noch etwas weiter sinken. Die *terms of trade* werden sich somit bis zum Ende des Prognosezeitraums weiter leicht verbessern.

Ausrüstungsinvestitionen legen Pause ein

Die Anlageinvestitionen sind nach Rückgängen im Sommerhalbjahr zuletzt wieder deutlich ausgeweitet worden. Zwar hat der schwächere Absatz im Ausland die Investitionstätigkeit der Exportbetriebe und ihrer Zulieferer gedämpft. So waren die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen bereits das zweite Quartal in Folge rückläufig. Dem wirkte aber entgegen, dass der Staat das Tempo seiner Investitionstätigkeit seit dem Herbst über alle Sparten deutlich erhöht hat; wohl auch infolge der von der Bundesregierung aufgelegten Investitionspakete und der Aktivitäten zur Unterbringung der Flüchtlinge. Kräftig gestiegen sind angesichts günstiger Rahmenbedingungen zuletzt auch die Investitionen in Wohnbauten und in Handelseinrichtungen. Im Durchschnitt des Jahres 2015 wurden die Anlageinvestitionen alles in allem um 2,2% ausgeweitet. Drei Viertel dieses Anstiegs gingen auf die höheren Ausgaben für Ausrüstungen und ein Viertel auf die für Forschung und Entwicklung zurück, während die Bauinvestitionen trotz des kräftigen Jahresbeginns und der Erholung zum Jahresende im Mittel nur in etwa stagnierten.

In der ersten Jahreshälfte 2016 dürften die Unternehmen wohl noch sehr vorsichtig mit Investitionen sein. Zwar waren die Kapazitäten in der Industrie zu Jahresbeginn wieder etwas besser ausgelastet, sie reichten aber laut ifo Konjunkturtest für die zu leistende Produktion weitgehend aus. Außerdem haben sich die Erwartungen der Unternehmen wohl aufgrund der weltwirtschaftlichen Abkühlung und durch die politische Verunsicherung in Europa deutlich eingetrübt. Die sich ausbreitende Skepsis über stabile Absatzperspektiven dürfte auch noch bis in das Frühjahr nachwirken und die Unternehmen veranlassen, bei den Investitionen in Ausrüstungen zunächst in Wartestellung zu bleiben. Die Umsätze der Investitionsgüterproduzenten im Inland sind zwar im Januar 2016 kräftig gestiegen, dies könnte aber auch Produktionsverlagerungen aus

dem Dezember geschuldet sein und somit die konjunkturelle Tendenz überzeichnen. So waren die bei den Investitionsgüterproduzenten eingegangenen Bestellungen für Maschinen, Geräte und Fahrzeuge im vierten Quartal 2015 rückläufig, und aktuell wird trotz leichten Anstiegs im Januar das Niveau des vorangegangenen Quartals nur wenig überschritten.

Tabelle 9
Reale Anlageinvestitionen in Deutschland
Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2015	2016	2017
Anlageinvestitionen insgesamt	2,2	2,4	2,4
Ausrüstungen	4,8	2,0	3,2
sonstige Anlagen	2,7	2,5	2,4
Bauinvestitionen insgesamt	0,3	2,7	1,8
Wohnbauten	1,6	2,8	2,2
Nichtwohnbauten insgesamt	-1,5	2,5	1,2
gewerbliche Bauten	-1,4	1,8	0,7
öffentliche Bauten	-1,6	4,0	2,6

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2016 und 2017: eigene Prognose.

Im späteren Verlauf dieses Jahres und im nächsten Jahr dürften die Investitionen in Ausrüstungen aber wieder an Schwung gewinnen. Die Rahmenbedingungen sind außerordentlich gut: Die Zinsen sind niedrig, die Kreditbedingungen sind nur wenig verändert, und die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen ist solide. Laut Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) zu Jahresbeginn 2016¹² werden insbesondere die Bauunternehmen, deren Zulieferer aus der Industrie sowie der Handel die Investitionsbudgets ausweiten, also Bereiche, die besonders von der gestiegenen inländischen Nachfrage profitieren. Zudem signalisieren die Kfz-Hersteller und -Zulieferer, dass sie ihre Investitionspläne nach dem Schock durch die Abgasaffäre wieder hochfahren. Das wird sich zum Teil auch in höheren Investitionen für Bauten widerspiegeln. So haben die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und die Baugenehmigungen für gewerbliche Bauten zuletzt zugelegt; das betrifft vor allem die Handels- und Lagergebäude sowie Hotels und Gaststätten. Im weiteren Verlauf dürfte mit den wieder anziehenden Exporten auch eine Expansion der Investitionen in den Exportbranchen zu erwarten sein. Sie dürfte aber wegen der nur schwachen Ausweitung der Ausfuhren eher verhalten ausfallen, auf notwendige Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen dürfte aber nicht verzichtet werden. Die Investitionen in Ausrüs-

12 Vgl. <http://www.dihk.de/themenfelder/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/umfragen-und-prognosen/konjunkturumfrage-jahresbeginn-2016>.

tungen nehmen im Jahr 2016 um 2% und im Jahr darauf um 3,2% zu. Die Investitionen in gewerbliche Bauten werden nach der rückläufigen Entwicklung im Jahr 2015 wieder zulegen, in diesem Jahr um 1,8% und im nächsten Jahr um 0,7% (vgl. Tabelle 9). Die Investitionen in Forschung und Entwicklung stützen im gesamten Prognosezeitraum die Ausweitung des Bruttoinlandsprodukts mit einem Jahresbeitrag von etwa 0,1 Prozentpunkten. Produktinnovationen als Investitionsmotiv gewinnen laut DIHK insbesondere in der Industrie an Bedeutung.

Investitionen in Wohnungsbauten und in öffentliche Bauten expandieren spürbar

Im Wohnungsbau deuten alle vorlaufenden Indikatoren darauf hin, dass sich die Aufwärtsbewegung vom Jahresende fortsetzen wird. Die Auftragsreserven sind hoch und zuletzt nochmals deutlich gestiegen. Für eine anhaltend gute Wohnungsbaukonjunktur sprechen auch die Baugenehmigungen, die seit Mitte 2015 vor allem auf hohe Zuwächse im Ein- und Zweifamilienhausbau hindeuten. Gestützt wird diese Entwicklung von einer hohen Arbeitsplatzsicherheit der privaten Haushalte, steigenden real verfügbaren Einkommen und günstigen Finanzierungsbedingungen. Der Bank Lending Survey und die Neugeschäftsvolumina für Wohnungsbaukredite an private Haushalte vom Jahresende 2015 deuten aber darauf hin, dass die Dynamik in diesem Segment im späteren Verlauf dieses Jahres wohl etwas abnehmen wird.¹³ Allerdings dürfte angesichts zunehmender Migration nach Deutschland, zuletzt aufgrund der starken Flüchtlingsmigration, auch der Mietwohnungsbau wieder Anregungen bekommen.¹⁴ Stützend sollen hier die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bereitstellung von Liegenschaften, zur Verdopplung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau und zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus im unteren und mittleren Preissegment¹⁵ wirken. Die Dy-

namik und zeitliche Umsetzung neuer Mietbauobjekte hängen aber wohl stark von den Kapazitäten des Baugewerbes und von der Baulandbereitstellung und -erschließung ab. Deshalb ist wohl zunächst von vermehrtem Um- und Ausbau des Wohnungsbestands und einer Baulückenschließung auszugehen, die allmählich durch einen breiter angelegten Mietwohnungsneubau ergänzt werden. Dafür spricht auch die im Januar 2016 kräftig gestiegene Produktion im Ausbaugewerbe. Alles in allem steigen die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2016 um 2,8%, im Jahr 2017 dürfte der Zuwachs bei 2,2% liegen.

Der öffentliche Bau dürfte der im Schlussquartal 2015 vollzogenen Wende ins Plus ebenfalls weiter folgen. So wurden zuletzt deutlich mehr Aufträge ausgelöst, die Auftragsbestände stiegen an und befinden sich auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Die Baugenehmigungen für öffentliche Hochbauten bewegen sich ebenfalls leicht aufwärts. Mit zeitlicher Verzögerung aufgrund von Planungsvorarbeiten dürften nun die von der Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen zum Ausbau von Bildungseinrichtungen und der Verkehrsinfrastruktur sowie zur Förderung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen zum Tragen kommen. Anstöße dürften ab diesem Jahr auch von dem neu aufgelegten Investitionspaket mit den Kernpunkten Verkehrs- und digitale Infrastruktur, Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung ausgehen. Allerdings ist hier unterstellt, dass die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht in vollem Umfang zusätzlich wirken. Aufgrund der umfangreichen Kosten für die Unterkunft, Versorgung und Integration der Flüchtlingsmigranten dürften die Finanzierungsspielräume vieler Kommunen beschränkt bleiben und wohl zu Lasten ursprünglich anvisierter Investitionsobjekte gehen. Nach dem Rückgang im Jahr 2015 werden die öffentlichen Bauinvestitionen in den Jahren 2016 und 2017 dennoch wohl um 4% bzw. 2,6% steigen. Alles in allem werden die Bauinvestitionen die Stagnation überwinden und in den Jahren 2016 und 2017 wieder mit 2,7% bzw. 1,8% zulegen.

Private Käufe legen kräftig zu

Die privaten Haushalte haben im Jahr 2015 ihre Käufe um 1,9% ausgeweitet. So stieg der private Konsum

13 So dürfte ein Teil der Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser aus der zweiten Jahreshälfte 2015 die zukünftige Wohnungsbaukonjunktur überzeichnen. Die baulichen Anforderungen aus der Energiesparverordnung wurden im Jahr 2016 verschärft. Mit einer Baugenehmigung im Jahr 2015 konnten sich private Haushalte eine weniger kostenintensive Bauweise entsprechend der alten Energiesparverordnung sichern. Der Neubau kann zwar verteilt über das Jahr zur Umsetzung kommen. Gleichzeitig ist aber wohl zu unterstellen, dass wegen dieser Vorzieheffekte deutlich weniger Baugenehmigungen für Ein- und Zweifamilienhäuser in diesem Jahr nachfließen werden.

14 Der Mietwohnungsneubau hat nach einem kräftigen Anstieg im Jahr 2014 im Verlauf des Jahres 2015 nur mäßig zugenommen. Anzeichen eines etwas beschleunigten Neubaus von Mehrfamilienhäusern kommen von den Baugenehmigungen, die seit September 2015 wieder tendenziell zunehmen.

15 Um zeitnah private Investitionen für Mietwohnungen zu aktivieren, wurde die steuerliche Förderung auf Baumaßnahmen begrenzt, mit

denen in den Jahren 2016 bis 2018 begonnen wird. Sie gilt in ausgewiesenen Fördergebieten für Bauobjekte mit einer Kostenobergrenze von 3 000 Euro je Quadratmeter Wohnfläche, von der maximal 2 000 Euro je Quadratmeter gefördert wird.

allein im ersten Halbjahr 2015 um insgesamt 0,9% und in der zweiten Jahreshälfte mit 0,8% fast genauso schnell. Die Käufe dürften dabei wohl insbesondere dem Einzelhandel zugutegekommen sein, da hier die Umsätze kräftig zulegten. Zu Beginn des Jahres 2016 stiegen dann die Einzelhandelsumsätze mit 0,7% laufender Rate nochmals etwas kräftiger als zuvor. Dem entgegen stand jedoch die Einschätzung der befragten Konsumenten in der GfK-Konsumklimastudie, deren Anschaffungsneigung im Januar nur wenig zulegte, nachdem sie zuvor mehrere Monate deutlich zurückgegangen war. Auch die Veränderung der Anzahl der Internet-Suchanfragen nach Shoppingportalen¹⁶ und die Pkw-Neuzulassungen entsprechen dem. Das alles deutet darauf hin, dass die privaten Käufe im ersten Quartal des Jahres 2016 wohl merklich zulegen werden, wenngleich nicht in dem Maße, wie die bis Januar 2016 bekannten Einzelhandelsumsätze dies vermuten lassen könnten.

Dazu beigetragen hat insbesondere der nach wie vor robuste Arbeitsmarkt. So stiegen die Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten im Jahr 2015 unter anderem durch die erzielten Tariflohnabschlüsse und einen Zuwachs bei der geleisteten Arbeitszeit je Beschäftigten stärker als im Jahr zuvor. Mit der Einführung des flächendeckenden Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2015 zogen die Stundenlöhne insbesondere im Niedriglohnbereich kräftig an. Alles in allem dürften die effektiven Netto-Monatslöhne im Jahr 2016 nochmals kräftig, wenngleich geringer als im Jahr 2015 ansteigen. Im Jahr 2017 werden sie dann etwas weniger zunehmen, da die Sozialversicherungsbeiträge angehoben werden. Die Nettolohnsumme legte im Jahr 2015 um 3,7% zu, auch im Jahr 2016 dürfte der Zuwachs nochmals diese Höhe erreichen und im Jahr danach etwas schwächer zulegen.

Die monetären Sozialleistungen nahmen im Jahr 2015 mit 3,6% wesentlich stärker als im Vorjahr zu. Insbesondere hat die Ausweitung der gesetzlichen Rentenleistungen dazu beigetragen. Auch die ausgezahlten Sozialleistungen für die Flüchtlinge dürften zu einer kräftigen Ausweitung der monetären Sozialleistungen geführt haben. In den Jahren 2016 und 2017 wird die Summe der monetären Sozialleistungen an die Flüchtlinge wohl nochmals höher ausfallen, sodass die Transferleistungen an die privaten Haushalte nochmals schneller als im Jahr 2015 ansteigen werden.

Die Einkommen der Selbstständigen stiegen im Jahr 2015 mit 3,9% kräftiger als im Jahr zuvor (vgl. Tabelle Sektorenrechnung), der Rückgang der Vermögenseinkommen durch die niedrigen Zinsen hat sich mittlerweile leicht abgeschwächt; per saldo sind die übrigen Primäreinkommen um 0,7% gestiegen. Im Jahr 2016 werden sie ein wenig langsamer zulegen und sich im Jahr danach wieder beschleunigen, was vor allem an einer stärkeren Zunahme der Selbstständigeneinkommen liegt.

Insgesamt sind die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2015 um 2,8% gestiegen, wobei der Anteil der Erwerbseinkommen und Transfereinkommen zunahm und der Anteil der Vermögenseinkommen jedoch weiter zurückging. Im Jahr 2016 werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dann wohl um 2,7% zunehmen, im Jahr 2017 dürfte sich der Anstieg mit 2,6% etwas verlangsamen. Die Sparquote ist trotz der niedrigen Zinsen und der weiterhin günstigen Arbeitsmarktlage in den vergangenen Quartalen leicht gestiegen. Sie lag im Jahr 2015 bei 9,7% und dürfte sich im Prognosezeitraum weiter leicht erhöhen.

Im Laufe des Jahres werden die Konsumenten ihre Käufe wohl weiter kräftig ausweiten. Hier wird sich auch der vergleichsweise niedrige Ölpreis günstig auf den privaten Konsum auswirken. Zudem dürften die Käufe von den nach Deutschland gekommenen Flüchtlingen den privaten Konsum zusätzlich steigen lassen. Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2016 um 2,0% und im Jahr 2017 um 1,6% zunehmen. Damit tragen sie 1,1 Prozentpunkte im Jahr 2016 und im Jahr danach 0,8 Prozentpunkte zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts bei.

Niedriger Ölpreis dämpft Inflation

Im Jahr 2015 lag die Inflationsrate für Verbraucherpreise in Deutschland bei lediglich 0,3%. Preisdämpfend wirkte vor allem der starke Fall des Ölpreises. Im Januar 2016 sind die Preise gegenüber Dezember 2015 aufgrund eines neuerlichen Ölpreistrückgangs um 0,8% gefallen. Zu einer längerfristigen Deflation dürfte dies wohl aber nicht führen, da bereits im Februar 2016 die Verbraucherpreise gegenüber Januar schon wieder etwas anstiegen. Alles in allem führt der Rückgang der Energiepreise zu einer Stagnation des Preises für den gesamten Warenkorb. Die Verbraucherpreise ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) legten im Februar 2016 hingegen um 0,9% im Vorjahresvergleich zu. Die Preise für Nahrungsmittel nahmen

¹⁶ Vgl. hierzu beispielsweise die Statistik der Suchanfragen von [Internet-shopping-Seiten bei Google](#).

zuletzt zwar nur noch um 0,8% zu, jedoch verteuerten sich Obst und Gemüse weiterhin kräftig. Auch kamen überdurchschnittliche Preissteigerungen nach wie vor von einigen binnenwirtschaftlich orientierten Dienstleistungsbereichen wie den Friseurdienstleistungen, der Gesundheitspflege und den Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen. Diese Bereiche sind besonders von der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns betroffen. Nach wie vor gibt es bei technischen Produkten und auch bei den damit verbundenen Dienstleistungen (Nachrichtenübermittlung) kräftige Preisrückgänge. In den nächsten Quartalen wird die Teuerung wohl sehr langsam anziehen. Im Prognosezeitraum wird der Erdölpreis wieder etwas steigen und damit nicht mehr wie bisher die Verbraucherpreise in Deutschland dämpfen. Allerdings dürften die Preise für die anderen Importgüter in der Summe weiter leicht nachgeben und so dem Preisauftrieb in Deutschland entgegenwirken. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahr 2016 wohl um 0,4% und im Jahr 2017 dann etwas kräftiger um 1,2% ansteigen.

Öffentliche Finanzen: abnehmende Haushaltsüberschüsse

Im Jahr 2015 schloss der gesamtstaatliche Haushalt mit einem Überschuss von 19,4 Mrd. Euro, entsprechend 0,6% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, ab. Im Prognosezeitraum wird sich der Finanzierungssaldo des Staates verringern. Die Einnahmen des Staates werden im laufenden Jahr mit 3,2% schwächer expandieren als in den beiden Vorjahren. So werden die Steuereinnahmen insbesondere aufgrund von Steuerentlastungen deutlich verlangsamt zunehmen. Die Nettosozialbeiträge werden bei nahezu unveränderter Expansion der Bruttolöhne und -gehälter und einem im Durchschnitt höheren Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung nochmals beschleunigt zunehmen. Die empfangenen Vermögenstransfers dürften sich im Jahr 2016 rückläufig entwickeln. Dies ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass die Vorzieheffekte bei der Erbschaftsteuer, die im Jahr 2015 zu Mehreinnahmen geführt haben, ab dem zweiten Halbjahr 2016 entfallen. Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2016 mit 3,9% stärker expandieren als im Vorjahr. Sowohl die Vorleistungskäufe als auch die sozialen Sachleistungen werden vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Flüchtlingsmigration kräftig ausgeweitet, und auch die Arbeitnehmerentgelte nehmen aufgrund der erforderlichen Personalaufstockung im öffentlichen Dienst be-

Kasten 5:

Zur Einhaltung der europäischen und nationalen Schuldenregel

Nach der vorliegenden Prognose wird Deutschland in den Jahren 2016 und 2017 die Vorgaben des Fiskalpakts der EU einhalten. Der um konjunkturelle Einflüsse bereinigte gesamtstaatliche Finanzierungssaldo beläuft sich bei leicht unterausgelasteten Produktionskapazitäten im Jahr 2016 auf 0,4% und im Jahr 2017 auf 0,2% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt. Die Nettokreditaufnahme des Bundes wird im Jahr 2016 durch Rückgriff auf die aus dem Überschuss des Jahres 2015 gebildete Rücklage bei null liegen. Im kommenden Jahr dürfte sie sich dann auf knapp zehn Mrd. Euro belaufen.^a Bei Anwendung des im Gesetz zur Ausführung von Artikel 115 des Grundgesetzes festgelegten Verfahrens und unter Berücksichtigung der für die Schuldenbremse relevanten Nettokreditaufnahme ergibt sich für das Jahr 2016, in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, eine strukturelle Nettokreditaufnahme^b des Bundes von 0,1% und für das Jahr 2017 von 0,2%. Da im Hinblick auf unerwartete Belastungen ein Sicherheitsabstand zur maximal zulässigen Nettokreditaufnahme gewahrt bleiben sollte, sind nach der vorliegenden Prognose kaum finanzielle Spielräume vorhanden.

^a In dieser Projektion sind weitere Zahlungen an das Ausland im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration sowie Ausgabensteigerungen einzelner Bundesministerien, wie sie derzeit gefordert werden, nicht berücksichtigt. – ^b Diese schließt die Kreditaufnahme der seit dem Jahr 2011 gegründeten Sondervermögen mit ein.

schleunigt zu.¹⁷ Die monetären Sozialleistungen werden mit 4,5% nochmals kräftiger expandieren als im Vorjahr. Dies geht zum einen auf die kräftige Rentenanpassung zur Jahresmitte zurück. Zum anderen nimmt die Zahl der Arbeitslosen im laufenden Jahr wieder zu. Die geleisteten Vermögenseinkommen werden dagegen weiter zurückgehen, wenn auch weniger als in den Vorjahren. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo verringert sich im Jahr 2016 auf knapp zehn Mrd. Euro, entsprechend 0,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im Jahr 2017 dürften Steuern und Sozialbeiträge ähnlich zulegen wie im Jahr zuvor. Zwar expandieren Bruttolöhne und -gehälter schwächer; jedoch wirken bei den Steuern Rechtsänderungen weniger einnahmehindernd als noch im Jahr 2016, und bei den Sozial-

¹⁷ In dieser Prognose sind für das Jahr 2016 Mehrausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration von gut 16 Mrd. Euro unterstellt. Im Jahr 2017 belaufen sich die Mehrausgaben auf gut elf Mrd. Euro (gegenüber 2016).

beitragen führen die weitere Anhebung des Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zu Mehreinnahmen. Die empfangenen Vermögens-transfers dürften sich weiter rückläufig entwickeln, weil die Vorzieheffekte bei der Erbschaftsteuer im Jahr 2017 komplett ausgelaufen sind. Auch die empfangenen Vermögenseinkommen gehen zurück, weil der Bundesbankgewinn im Jahr 2016 geringer ausfallen dürfte. Beschleunigt expandieren dürften die staatlichen Verkäufe, weil mehr und mehr Kommunen aufgrund der sich verschlechternden Finanzlage gezwungen sein dürften, Gebühren zu erhöhen. Alles in allem nehmen die Einnahmen des Staates im Jahr 2017 mit derselben Rate zu wie im Vorjahr. Bei den öffentlichen Ausgaben steigen im Jahr 2017 die Vorleistungen, die sozialen Sachleistungen und die Arbeitnehmerentgelte weniger stark als noch im Jahr 2016. Dies geht im Wesentlichen auf die abnehmende Flüchtlingsmigration zurück. Allerdings wirkt bei den sozialen Sachleistungen die zweite Stufe der Pflegereform ausgabesteigernd. Die monetären Sozialleistungen nehmen dagegen nochmals in ähnlichem Umfang zu wie im Jahr 2016. Zwar fällt die Rentenanpassung zur Jahresmitte 2017 geringer aus als im Vorjahr. Dem stehen jedoch Mehraus-

gaben aufgrund einer deutlichen Zunahme der Zahl der Arbeitslosen gegenüber. Die öffentlichen Investitionen werden dagegen weniger ausgeweitet als im Jahr 2016, und die Zinsausgaben gehen nochmals zurück. Alles in allem erhöhen sich die Ausgaben des Staates im Jahr 2017 mit 3,6% nur etwas weniger als im Vorjahr.¹⁸ Der Finanzierungssaldo des Staates verringert sich auf gut 4,4 Mrd. Euro, entsprechend 0,1% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. 

Professor Dr. Oliver Holtemöller
IWH, Leiter der Abteilung Makroökonomik
Stellvertretender Präsident
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Hans-Ulrich Brautzsch, Andrej Drygalla, Katja Heinisch,
Martina Kämpfe, Konstantin Kiesel, Axel Lindner,
Brigitte Loose, Jan-Christopher Scherer, Birgit Schultz,
Götz Zeddies
IWH, Arbeitskreis Konjunktur

Peter Hennecke, Carsten-Patrick Meier
Kiel Economics

¹⁸ Hierzu trägt auch ein Sondereffekt bei. Im Jahr 2017 wird ein Großteil der Einnahmen aus der Versteigerung von Funkfrequenzen im Jahr 2015 verbucht werden, der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgabemindernd wirkt.

Hauptaggregate der Sektoren
in Mrd. Euro

	2015				2016				2017			
	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
= Bruttowertschöpfung	2 722,7	1 830,9	294,2	597,5	2 808,7	1 890,7	304,4	613,6	2 892,2	1 947,9	312,5	631,8
- Abschreibungen	531,2	304,2	67,2	159,7	545,3	314,8	69,3	162,1	559,8	324,9	71,4	163,5
= Nettowertschöpfung ¹	2 191,5	1 526,7	227,0	437,8	2 263,4	1 576,8	235,1	451,5	2 332,4	1 623,0	241,1	468,3
- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 540,3	1 097,3	230,7	212,3	1 602,5	1 142,3	239,3	221,0	1 660,2	1 184,7	246,3	229,2
- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	21,4	12,8	0,1	8,6	24,4	14,6	0,1	9,7	24,1	14,4	0,1	9,6
+ Empfangene sonstige Subventionen	24,2	22,5	0,2	1,5	25,1	23,3	0,2	1,5	25,7	23,9	0,2	1,6
= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	654,0	439,2	- 3,6	218,4	661,5	443,2	- 4,0	222,3	673,8	447,9	- 5,1	231,0
- Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 543,1	-	1 543,1	10,2	1 605,5	-	1 605,5	10,1	1 663,1	-	1 663,1	10,0
+ Geleistete Subventionen	26,8	-	26,8	4,7	27,6	-	27,6	4,7	28,3	-	28,3	4,7
+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	326,5	-	326,5	5,4	336,4	-	336,4	5,4	342,9	-	342,9	5,4
- Geleistete Vermögenseinkommen	724,8	645,9	48,5	30,4	705,7	631,3	46,6	27,8	698,6	625,5	45,5	27,5
+ Empfangene Vermögenseinkommen	788,3	379,5	23,3	385,5	770,9	366,1	23,7	381,2	765,8	363,1	22,9	379,8
= Primäreinkommen (Nettionaleneinkommen)	2 560,3	1 729,9	270,9	301,7	2 641,0	1 780,0	281,8	301,7	2 718,7	1 854,4	286,9	301,7
- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	354,8	73,1	-	281,7	363,5	71,2	-	292,4	376,5	72,9	-	303,7
+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	364,3	-	364,3	0,4	374,1	-	374,1	0,4	388,1	-	388,1	0,4
- Geleistete Nettosozialbeiträge ²	621,8	-	621,8	3,4	646,5	-	646,5	3,4	673,0	-	673,0	3,5
+ Empfangene Nettosozialbeiträge ²	622,6	120,7	501,2	0,8	647,5	124,2	522,5	0,8	674,0	127,6	545,6	0,8
- Geleistete monetäre Sozialleistungen	531,3	61,2	469,3	0,8	551,9	60,6	490,6	0,8	574,5	60,6	513,2	0,8
+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	523,9	-	523,9	7,8	545,0	-	545,0	7,4	567,4	-	567,4	7,6
- Geleistete sonstige laufende Transfers	291,7	153,4	65,1	73,2	293,1	153,6	63,8	75,6	298,7	154,3	67,5	76,9
+ Empfangene sonstige laufende Transfers	250,0	137,2	19,0	93,8	253,2	140,2	19,2	93,7	256,2	144,0	19,5	92,7
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 521,6	1 430,0	621,0	1 757,7	2 605,5	1 570,0	643,2	1 805,3	2 681,6	1 692,0	659,4	1 853,0
- Konsumausgaben	2 220,1	-	586,7	1 633,4	2 290,7	-	616,6	1 674,1	2 360,4	-	640,7	1 719,7
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 50,5	-	50,5	-	- 51,5	-	51,5	-	- 52,6	-	52,6
= Sparen	301,6	92,5	34,3	174,8	314,8	105,5	26,6	182,7	321,2	116,7	18,7	185,8
- Geleistete Vermögenstransfers	40,6	2,7	30,0	7,9	40,1	2,8	29,7	7,6	39,6	2,8	29,7	7,1
+ Empfangene Vermögenstransfers	36,3	17,0	11,9	7,4	35,9	17,0	11,6	7,3	35,4	16,9	11,2	7,3
+ Bruttoinvestitionen	569,7	315,8	65,9	188,0	594,0	327,7	69,3	197,1	618,2	342,8	72,4	203,1
+ Abschreibungen	531,2	304,2	67,2	159,7	545,3	313,8	69,3	162,1	559,8	324,9	71,4	163,5
- Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	- 2,1	- 1,1	- 2,0	1,0	- 2,1	- 1,8	- 1,4	1,1	- 2,1	2,1	- 5,2	1,0
= Finanzierungssaldo	260,8	96,3	19,4	145,1	263,9	107,6	9,9	146,4	260,7	110,8	4,4	145,5
nachrichtlich:												
= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 521,6	1 430,0	621,0	1 757,7	2 605,5	1 570,0	643,2	1 805,3	2 681,6	1 692,0	659,4	1 853,0
- Geleistete soziale Sachtransfers	382,7	-	382,7	-	403,2	-	403,2	-	420,6	-	420,6	-
+ Empfangene soziale Sachtransfers	382,7	-	382,7	-	403,2	-	403,2	-	420,6	-	420,6	-
= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 521,6	1 430,0	238,2	2 140,4	2 605,5	1 570,0	239,9	2 208,5	2 681,6	1 692,0	238,8	2 273,6
- Konsum ³	2 220,1	-	204,0	2 016,1	2 290,7	-	213,4	2 077,4	2 360,4	-	220,1	2 140,3
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 50,5	-	50,5	-	- 51,5	-	51,5	-	- 52,6	-	52,6
= Sparen	301,6	92,5	34,3	174,8	314,8	105,5	26,6	182,7	321,2	116,7	18,7	185,8

¹ Für den Sektor übrige Welt: Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. - ² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme. - ³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).
Quellen: Statistisches Bundesamt; Jahreswerte 2015, 2016 und 2017: eigene Prognose.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,8	1,1	0,8	1,2	1,1	0,8	0,9
Arbeitsvolumen	1,1	0,9	0,9	1,2	0,7	1,1	0,6
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,3	- 0,2	0,0	0,0	- 0,3	0,3	- 0,3
Produktivität ¹	0,6	0,5	0,5	0,7	0,4	0,4	0,7
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,7	1,5	1,4	1,8	1,2	1,5	1,3
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 220,1	2 290,7	2 360,4	1 116,8	1 173,9	1 152,1	1 208,3
Private Haushalte ²	1 633,4	1 674,1	1 719,7	817,8	856,3	840,6	879,1
Staat	586,7	616,6	640,7	299,0	317,6	311,4	329,3
Anlageinvestitionen	606,2	629,5	654,7	301,9	327,6	314,5	340,1
Ausrüstungen	200,1	205,1	212,8	97,5	107,7	101,3	111,5
Bauten	297,7	311,1	323,5	149,3	161,7	155,6	167,8
Sonstige Anlageinvestitionen	108,5	113,3	118,4	55,1	58,2	57,6	60,8
Vorratsveränderung ³	- 36,5	- 35,5	- 36,4	- 5,7	- 29,8	- 6,3	- 30,2
Inländische Verwendung	2 789,8	2 884,8	2 978,6	1 413,0	1 471,8	1 460,3	1 518,3
Außenbeitrag	236,1	233,9	230,4	122,0	111,9	119,8	110,6
Exporte	1 419,6	1 434,3	1 489,5	706,5	727,8	735,8	753,7
Importe	1 183,5	1 200,4	1 259,1	584,4	615,9	616,0	643,1
Bruttoinlandsprodukt	3 025,9	3 118,7	3 209,1	1 535,1	1 583,7	1 580,1	1 628,9
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	3,0	3,2	3,0	3,4	3,0	3,2	2,9
Private Haushalte ²	2,6	2,5	2,7	2,6	2,3	2,8	2,7
Staat	4,0	5,1	3,9	5,4	4,8	4,2	3,7
Anlageinvestitionen	3,6	3,9	4,0	4,3	3,4	4,2	3,8
Ausrüstungen	5,4	2,5	3,7	3,4	1,8	3,9	3,5
Bauten	2,0	4,5	4,0	4,8	4,2	4,2	3,8
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5
Inländische Verwendung	2,6	3,4	3,3	3,6	3,2	3,3	3,2
Exporte	6,5	1,0	3,8	1,2	0,9	4,1	3,6
Importe	4,1	1,4	4,9	0,9	1,9	5,4	4,4
Bruttoinlandsprodukt	3,8	3,1	2,9	3,5	2,6	2,9	2,9
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Außenbeitrag	7,8	7,5	7,2	8,0	7,1	7,6	6,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)							
a) in Mrd. Euro							
Konsumausgaben	2 061,6	2 109,3	2 145,1	1 033,9	1 075,4	1 053,1	1 092,0
Private Haushalte ²	1 532,5	1 563,8	1 588,1	765,0	798,9	777,8	810,3
Staat	529,1	545,2	556,7	268,8	276,5	275,0	281,7
Anlageinvestitionen	558,4	572,0	585,6	274,6	297,4	281,7	303,9
Ausrüstungen	195,9	199,9	206,3	94,4	105,5	97,7	108,6
Bauten	263,3	270,4	275,2	130,4	140,0	133,0	142,2
Sonstige Anlageinvestitionen	99,6	102,1	104,5	49,9	52,2	51,1	53,5
Inländische Verwendung	2 586,4	2 648,8	2 697,4	1 306,5	1 342,3	1 332,3	1 365,1
Exporte	1 350,9	1 376,6	1 431,6	677,0	699,6	707,0	724,6
Importe	1 153,6	1 201,7	1 268,5	583,7	618,0	619,3	649,2
Bruttoinlandsprodukt	2 782,6	2 823,9	2 863,3	1 399,5	1 424,4	1 420,7	1 442,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	2,1	2,3	1,7	2,5	2,2	1,9	1,5
Private Haushalte ²	1,9	2,0	1,6	2,2	1,9	1,7	1,4
Staat	2,4	3,1	2,1	3,1	3,0	2,3	1,9
Anlageinvestitionen	2,2	2,4	2,4	3,0	2,0	2,6	2,2
Ausrüstungen	4,8	2,0	3,2	2,8	1,4	3,5	3,0
Bauten	0,3	2,7	1,8	3,2	2,2	2,0	1,6
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	2,5	2,4	2,6	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,4	1,8	2,6	2,2	2,0	1,7
Exporte	5,4	1,9	4,0	1,9	1,9	4,4	3,6
Importe	5,8	4,2	5,6	3,9	4,5	6,1	5,0
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,5	1,4	1,8	1,2	1,5	1,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	0,6	0,4	1,2	0,4	0,5	1,1	1,2
Konsumausgaben des Staates	1,6	2,0	1,8	2,2	1,8	1,8	1,8
Anlageinvestitionen	1,4	1,4	1,6	1,3	1,4	1,6	1,6
Ausrüstungen	0,6	0,5	0,5	0,6	0,4	0,4	0,6
Bauten	1,7	1,8	2,2	1,6	1,9	2,2	2,2
Exporte	1,0	-0,8	-0,1	-0,7	-1,0	-0,3	0,0
Importe	-1,6	-2,6	-0,6	-2,8	-2,5	-0,7	-0,6
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,6	1,5	1,7	1,5	1,4	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) in Mrd. Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 116,6	2 181,1	2 246,4	1 074,1	1 107,0	1 106,1	1 140,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	291,4	302,8	141,4	150,0	146,7	156,1	156,1
Bruttolöhne und -gehälter	1 314,1	1 360,3	627,2	686,9	648,7	711,6	711,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	575,6	583,3	305,5	270,1	310,7	272,6	272,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	459,8	472,3	212,2	247,7	218,7	253,7	254,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 641,0	2 718,7	1 286,3	1 354,7	1 324,8	1 394,0	1 394,9
Abschreibungen	545,3	559,8	271,4	273,9	278,6	281,2	281,8
Bruttonationaleinkommen	3 186,2	3 278,5	1 557,6	1 628,6	1 603,3	1 675,2	1 676,7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 332,2	2 404,1	1 135,7	1 196,5	1 171,3	1 232,9	1 233,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	717,5	726,7	741,0	367,1	359,6	375,8	365,2
Arbeitnehmerentgelt	1 605,5	1 663,1	768,6	836,9	795,4	867,7	867,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	3,1	3,0	3,2	2,9	3,0	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,9	3,9	4,2	3,7	3,7	4,1	4,1
Bruttolöhne und -gehälter	4,1	3,5	4,3	3,9	3,4	3,6	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,9	2,6	2,5	2,8	2,5	2,4	2,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,4	1,3	0,7	0,0	1,7	0,9	0,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	3,6	2,7	6,1	1,6	3,1	2,4	2,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	3,1	2,9	3,7	2,6	3,0	2,9
Abschreibungen	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
Bruttonationaleinkommen	3,1	2,9	3,5	2,6	2,9	2,9	2,9
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,2	3,1	3,8	2,6	3,1	3,0	3,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,9	1,3	2,0	2,8	-0,2	2,4	1,5
Arbeitnehmerentgelt	4,0	3,6	4,3	3,8	3,5	3,7	3,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²							
a) in Mrd. Euro							
Masseneinkommen	1 263,4	1 311,9	1 353,2	629,1	682,8	650,6	702,6
Nettolöhne und -gehälter	838,4	869,8	893,0	410,1	459,8	421,2	471,8
Monetäre Sozialleistungen	523,9	545,0	567,4	269,9	275,1	282,7	284,6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	98,9	102,9	107,1	50,9	52,0	53,3	53,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	573,5	575,6	583,3	305,5	270,1	310,7	272,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-79,2	-82,3	-83,6	-38,2	-44,0	-40,5	-43,0
Verfügbares Einkommen	1 757,7	1 805,3	1 853,0	896,4	908,9	920,8	932,2
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	50,5	51,5	52,6	25,5	26,1	26,0	26,6
Konsumausgaben	1 633,4	1 674,1	1 719,7	817,8	856,3	840,6	879,1
Sparen	174,8	182,7	185,8	104,0	78,7	106,1	79,7
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,8	9,8	11,3	8,4	11,2	8,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	3,7	3,8	3,1	3,7	4,0	3,4	2,9
Nettolöhne und -gehälter	3,7	3,8	2,7	4,0	3,6	2,7	2,6
Monetäre Sozialleistungen	3,6	4,0	4,1	3,2	4,8	4,8	3,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,3	4,0	4,1	3,2	4,8	4,8	3,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,7	0,4	1,3	0,7	0,0	1,7	0,9
Verfügbares Einkommen	2,8	2,7	2,6	2,9	2,6	2,7	2,6
Konsumausgaben	2,6	2,5	2,7	2,6	2,3	2,8	2,7
Sparen	4,3	4,5	1,7	4,4	4,6	2,0	1,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) in Mrd. Euro							
Einnahmen							
Steuern	690,9	710,4	730,9	354,2	356,2	364,3	366,6
Nettosozialbeiträge	501,2	522,5	545,6	253,9	268,6	264,4	281,2
Vermögenseinkommen	23,3	23,7	22,9	13,8	9,9	13,0	9,9
Sonstige Transfers	19,0	19,2	19,5	9,0	10,2	9,2	10,3
Vermögenstransfers	11,9	11,6	11,2	5,3	6,3	4,6	6,5
Verkäufe	103,5	105,2	107,5	49,5	55,7	50,5	57,0
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
insgesamt	1 350,0	1 392,9	1 437,8	685,8	707,1	706,1	731,7
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	396,1	417,5	435,7	200,7	216,8	210,2	225,5
Arbeitnehmerentgelt	230,7	239,3	246,3	114,8	124,5	118,1	128,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	48,5	46,6	45,5	23,6	23,0	23,0	22,5
Subventionen	26,8	27,6	28,3	13,6	14,0	14,0	14,3
Monetäre Sozialleistungen	469,3	490,6	513,2	242,8	247,8	255,7	257,4
Sonstige laufende Transfers	65,1	63,8	67,5	37,2	26,7	39,7	27,8
Vermögenstransfers	30,0	29,7	29,7	11,7	18,1	11,6	18,0
Bruttoinvestitionen	65,9	69,3	72,4	29,2	40,1	30,6	41,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 2,0	- 1,4	- 5,2	- 0,6	- 0,8	- 4,4	- 0,8
insgesamt	1 330,6	1 383,0	1 433,3	672,9	710,1	698,5	734,8
Finanzierungssaldo	19,4	9,9	4,4	12,9	- 3,0	7,5	- 3,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,7	2,8	2,9	3,0	2,6	2,8	2,9
Nettosozialbeiträge	4,0	4,3	4,4	4,5	4,0	4,2	4,7
Vermögenseinkommen	- 6,8	1,6	- 3,4	3,5	- 0,8	- 6,0	0,2
Sonstige Transfers	- 0,5	1,1	1,5	1,0	1,1	1,6	1,4
Vermögenstransfers	- 2,5	- 2,0	- 3,8	2,5	- 5,5	- 12,6	3,7
Verkäufe	2,0	1,6	2,2	1,6	1,6	2,0	2,3
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	3,9	3,2	3,2	3,5	2,9	3,0	3,5
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,6	5,4	4,4	5,9	4,9	4,7	4,0
Arbeitnehmerentgelt	2,7	3,7	2,9	3,6	3,8	2,9	3,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 5,7	- 4,0	- 2,3	- 3,7	- 4,3	- 2,5	- 2,1
Subventionen	5,2	3,0	2,3	3,4	2,6	2,3	2,2
Monetäre Sozialleistungen	4,1	4,5	4,6	3,6	5,5	5,3	3,9
Sonstige laufende Transfers	5,7	- 2,0	5,7	0,2	- 4,9	6,9	4,2
Vermögenstransfers	- 16,4	- 1,0	- 0,3	- 1,7	- 0,5	- 0,3	- 0,2
Bruttoinvestitionen	4,2	5,2	4,5	4,5	5,7	4,7	4,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
insgesamt	3,1	3,9	3,6	3,8	4,0	3,8	3,5
nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:							
Finanzierungssaldo des Staates	0,6	0,3	0,1	0,8	- 0,2	0,5	- 0,2

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. – ⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. – ⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. – ⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). – ⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. – ⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); eigene Berechnungen; ab 2016: eigene Prognose.